



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

Das Magazin zu den Pilotprojekten
der Nationalen Stadtentwicklungspolitik
Ausgabe 15 | September 2019

stadt:pilot 15

- ▶ Wie Integration im Alltag erlebt wird
- ▶ Was gute Ankunftsstädte ausmacht
- ▶ Wie Verwaltungen das Zuhören lernen

Nationale Stadtentwicklungspolitik:
Eine Gemeinschaftsinitiative von Bund,
Ländern und Gemeinden





Foto: Thomas Müller, IBA Thüringen

Vorwort



Foto: BMI

Liebe Leserinnen und Leser,

die internationale Mobilität sowie weltweite Migrationsbewegungen haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Das hat auch Folgen für kleine und große Städte in Deutschland. Städte und Gemeinden müssen mit der Herausforderung umgehen, Menschen aus anderen Nationen und Kulturkreisen in Offenheit und gegenseitigem Respekt aufzunehmen.

Integration ist jedoch nur ein Aspekt jenes schnellen Wandels, den Deutschland derzeit erlebt. Leitbild unserer Stadtentwicklungspolitik ist die integrierte Betrachtung verschiedener sektoraler Fragen. Im Großen geht es um die weltweiten Wirtschaftsverflechtungen, die Digitalisierung und den demografischen Wandel. Vor Ort geht es um Wohnungen, Beschäftigungsmöglichkeiten und Bildungsangebote. Die Berücksichtigung all dieser Gesichtspunkte ist eine komplexe Aufgabe.

Vielfach müssen wir bei der Stadtentwicklung umdenken. Lösungen lassen sich oftmals nicht am Schreibtisch finden. Es muss mit vielen Beteiligten diskutiert und dann ganz praktisch ausprobiert werden.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bietet einen Rahmen für genau diese wichtigen Schritte: Vor mehr als drei Jahren haben wir nach Projekten gesucht, die beim Umgang mit den Herausforderungen von Zuwanderung neue Wege gehen wollten. Und es ist nun sehr bereichernd zu sehen, was die zehn ausgewählten Träger aus Kommunen und Zivilgesellschaft in dieser Zeit geleistet haben. Die Projekte zeigen, dass mit Mut und Ideen vieles möglich ist, was zunächst kaum machbar schien. Und sie zeigen, dass sich Verwaltung und Bürger mit immer wieder neuen Ansätzen gegenseitig bereichern und voneinander lernen können.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Horst Seehofer

Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Editorial

Baustelle Ankunftsstadt!

Auf das Willkommen folgt das Ankommen – und damit gewinnt die Frage an Bedeutung, aus welchen Bausteinen eine Ankunftsstadt besteht. Was benötigen solche Orte bzw. Stadtteile, um attraktiv für Zuwanderer zu sein und eine gelungene Integration zu gewährleisten? Was zeichnet sie aus?

Seit drei Jahren erproben zehn Pilotprojekte aus ganz Deutschland kreativ und mit beeindruckendem Engagement der beteiligten Akteure die Umsetzung von beispielhaften Ansätzen und tragfähigen Lösungen für die Ankunftsstadt. Ein breites Spektrum an Ideen und Projekten ist in dieser Zeit entwickelt worden. Es reicht von gesamtstädtischen, integrierten Strategien über die Etablierung dialogorientierter Ansätze bis hin zur gemeinsamen Schaffung konkreter Orte und Räume für Qualifizierung, Begegnung und Zusammenleben.

Auf der Baustelle der Ankunftsstadt treffen sich „alte“ und „neue“ Mitbürger, aktive Ehrenamtliche genauso wie engagierte Verwaltungsmitarbeiter mit ihren jeweils besonderen Kompetenzen und Ressourcen. Die Ankunftsstadt ist ein Gemeinschaftswerk. Die Vielfalt der beteiligten Perspektiven wird in diesem Heft besonders deutlich. Es kommen vor allem die Menschen zu Wort, die sich in der Ankunftsstadt neu orientieren. Sie arbeiten als Redakteure einer Online-Zeitung in Bocholt, als Stadtführer in Berlin oder als Handwerker an einem Fachwerkhaus in Spangenberg – und erfahren hierüber sprachliche und berufliche Qualifikation, ebenso wie soziale Integration. Als Bewohner nehmen sie an empirischen Befragungen, an Zukunftswerkstätten, Quartiersworkshops und stadtgesellschaftlichen Dialogen teil, deren Ergebnisse in Handlungskonzepte für die Stadtentwicklung einfließen. Ein gegenseitiges Kennenlernen und ein Verständnis füreinander werden darüber ermöglicht, der Austausch gefördert, und es entstehen Kooperationen.

Neben einem nachhaltigen Ankommen geht es ebenfalls um den Umgang mit Traumata, mit unsicheren Bleibeperspektiven und Konflikten. Auch diese Aspekte sind Bestandteile des Alltagslebens in der Ankunftsstadt und prägen das Miteinander. Das „Basteln von Traumfängern“ etwa zur Unterstützung von Geflüchteten bei der Verarbeitung von Ängsten und eine Schulung für den lösungsorientierten Umgang mit Konflikten in Saarbrücken sowie das Integrationshaus in Pegnitz als Anlauf- und Beratungsstelle bilden weitere mögliche Bestandteile einer Ankunftsstadt. Vielfach sind es die gemeinsamen Aktivitäten, die verbinden: Kinder und Jugendliche in Leipzig erkunden ihren Stadtteil und erarbeiten einen Stadtplan von und für junge Menschen. Ein Freiraum in Saalfeld wird zum kreativen Werksgelände der Anwohner – hier entstehen nicht nur temporäre Bauwerke für die Freizeitgestaltung, sondern auch langfristige Kontakte für ein lebendiges Zusammenleben im Quartier.

Entdecken Sie diese und weitere Bausteine für die Gestaltung der Ankunftsstadt auf der Mittelseite des Heftes – und gestalten Sie die Ankunftsstadt mit. Denn Flucht und Migration werden auch in Zukunft zum Alltag unserer Städte gehören. Daher werden wir die Erfahrungen und Ansätze aus den Pilotprojekten zusammenfassen und sie nach Abschluss der Projekte Ende des Jahres als Impuls für andere Kommunen in Deutschland aufbereiten.

Ich wünsche Ihnen eine abwechslungsreiche und interessante Lektüre.

Robert Kaltenbrunner

Dr. Robert Kaltenbrunner

Stellvertretender Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)



Foto: BBSR



Räumliche Verteilung von Geflüchteten Zuwanderungsorte und ihre Besonderheit

von Ludger Baba

In den vergangenen Jahren haben sich in vielen Städten Zuwanderungsorte herausgebildet, in denen sich neue Aufgaben im Bereich Stadtentwicklung und Migration stellen. Wie können aus diesen Stadtteilen Ankunftsquartiere werden? Wie kann das Ankommen geflüchteter Menschen vor Ort gestaltet werden, um neben dem Wohnen auch den Spracherwerb, Bildung, Beschäftigung, kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe sowie das Zusammenleben im Quartier zu ermöglichen?

Nach Ankunft, Registrierung und Zuweisung in die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung, verteilen die Bundesländer Geflüchtete nach einem festgelegten Verfahren auf die Kommunen. Dies führt zu einer ungefähr bevölkerungsproportionalen Verteilung über das ganze Land. Nach Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis konnten die Betroffenen bis Juli 2016 ihren Wohnort innerhalb Deutschlands frei wählen. Mit dem Integrationsgesetz wurde eine Wohnsitzregelung eingeführt, die die Personen verpflichtet, drei Jahren nach Anerkennung in dem zugeteilten Bundesland zu wohnen. Wegen der Zuweisungsmechanismen und des Integrationsgesetzes ist die Konzentration anerkannter geflüchteter Menschen (noch) weniger ausgeprägt als bei der ausländischen Bevölkerung insgesamt. Dennoch ist bereits eine Konzentration erkennbar.

Dabei zeigt sich ein Zusammenhang mit der Siedlungsstruktur und der Größe der Gemeinde. Je städtischer und je höher die Einwohnerzahl, desto größer ist auch die Konzentration geflüchteter Menschen. In kreisfreien Städten mit entspanntem Wohnungsmarkt oder teilweise hohem Ausländeranteil (z. B. Bremen/Bremerhaven, Essen, Halle (Saale) oder Pirmasens) fällt die Konzentration geflüchteter Menschen besonders hoch aus. Die räumliche Verteilung geflüchteter Menschen wird weniger durch vorhandene Netzwerke bestimmt, es bilden sich vielmehr neue Netzwerke und Zuwanderungsorte heraus: Im Jahr 2012 lebten gut 40.000 Syrer in Deutschland, im Jahr 2018 fast 750.000. Die rund 700.000 hinzugekommenen Syrer können also gar nicht dort wohnen, wo die 40.000 Syrer des Jahres 2012 lebten. Sie haben sich neue Zuwanderungsorte gesucht. Neben den oben beschriebenen größeren Städten mit entspanntem Wohnungsmarkt liegen diese vor allem in Kreisstädten mit mittelzentraler Funktion, auch in ländlichen Regionen. Im von empirica genauer untersuchten Land Niedersachsen ziehen Geflüchtete nach Anerkennung aus den kleineren Gemeinden in die Kreisstädte mit bedarfsgerechter Infrastruktur und verfügbarem Wohnraum, häufig in Kombination mit einer guten Integrationsarbeit vor Ort.

Weitere empirische Analysen von empirica zeigen zudem eine kleinräumige Konzentration von Flüchtlingen innerhalb der Städte. Diese residentielle Segregation ist im Wesentlichen Ausdruck der Verteilung verfügbarer und preiswerter Wohnungen.

Deshalb sind die Wohnorte geflüchteter Menschen häufig deckungsgleich mit den Gebietskulissen der Städtebauförderung, insbesondere der Sozialen Stadt.

Mit Blick auf das Herausbilden neuer Zuwanderungsorte in den betreffenden Städten zeigt sich die Städtebauförderung als nicht flexibel genug, um angemessen und kurzfristig auf die aktuellen Herausforderungen der Migration zu reagieren. Mehr als große bauliche Maßnahmen braucht es bei der Qualifizierung der Zuwanderungsorte zunächst weicher Investitionen in die Köpfe und Hände der Geflüchteten, in Sprache und Bildung, in berufliche Integration und in die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements und gesellschaftlicher Diskurse. Sinnvoll erscheinen deshalb komplementäre und ggf. zeitlich befristete Landesprogramme, die die Kommunen bei der Integrationsarbeit unterstützen. Beispiele sind der Pakt für Integration in Baden-Württemberg, der Integrationsfonds in Niedersachsen oder das Programm KOMM-AN in Nordrhein-Westfalen. Zudem kann die Städtebauförderung mit ihren langfristigen Integrationserfahrungen, insbesondere in der Sozialen Stadt, durch die Aufnahme neuer oder die Verlängerung auslaufender Gebietskulissen unterstützend wirken.



Foto: Heidi Scherrn

Ludger Baba
empirica
Volkswirt, Mitglied des Vorstands

empirica hat im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) ein Forschungsprojekt zur Zuwanderung geflüchteter Menschen und den Auswirkungen für die Städtebauförderung bearbeitet. Für das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport wurde der Integrationsfonds der Jahre 2017 und 2018 evaluiert. Beide Projekte beschäftigten sich mit der Verteilung geflüchteter Menschen und einer zielgenauen räumlich orientierten Förderung.



Foto: Christian Bart

Zusammenleben in Vielfalt

Wie Verwaltung Ankunftsstadt gestaltet

Saarbrücken hat sich im Rahmen von PatchWorkCity auf den Weg gemacht, das Zusammenleben in Vielfalt zu stärken. Dafür hat sich die Stadt drei Arbeitspakete vorgenommen: Sensibilisierung der Verwaltung, Initiierung eines stadtgesellschaftlichen Diskurses sowie die konkrete Umsetzung von Projekten in einem Ankunftsstadtteil. Martina Meyer, Veronika Kabis und Frank Schmitz berichten über ihre Erfahrungen mit PatchWorkCity und über neue Perspektiven, die das Projekt ihnen eröffnet hat.

■ *Wie kam es zu der Initiierung des Projekts PatchWorkCity und was sind Ihre Ziele?*

Kabis: Wir als Verwaltung hatten einen Wissensdurst. Wir hatten das Gefühl, dass unsere eigenen Grundannahmen zumindest teilweise nicht mehr stimmen. In den letzten fünf bis zehn Jahren haben sich die Zusammensetzung in der Stadtgesellschaft und die Dynamiken in den Stadtteilen stark verändert. Wir wollten schauen, wo wir stehen, um dann Schlüsse ziehen zu können und Ideen zu erproben, mit denen der Zusammenhalt in einer von Einwanderung und Vielfalt geprägten Stadt gelingen kann. Wir betrachten Integration nicht als separates Handlungsfeld, das an ein paar Spezialisten delegiert wird. Es ist Teil unserer strategisch ausgerichteten Arbeit, dass wir uns sehr breit mit der Fragestellung und Aufgabe beschäftigen. Dazu gehört auch, den Menschen die Angst oder Scheu vor dem Thema Migration zu nehmen, vor den Menschen, vor dem Unbekannten und vor dem, was sie nicht kontrollieren können.

■ *Welche verschiedenen Projektbausteine haben Sie entwickelt und wie greifen diese ineinander?*

Meyer: Wir hatten drei große Arbeitspakete. Das eine war, die Kollegen aus der Verwaltung und der Gemeinwesenarbeit für die Förderung von Vielfalt, Integration und Stadtentwicklung zu sensibilisieren. Das zweite Paket bestand darin, einen stadtgesellschaftlichen Dialog zu initiieren. Hier stand unsere 10-wöchige Kampagne, die mit sehr viel Engagement, Freude und Leichtigkeit das Thema Zusammenleben in Vielfalt mitten in der Gesellschaft platziert hat, im Mittelpunkt. Das dritte Paket beinhaltet,

in einem konkreten Ankunftsstadtteil – hier Burbach – zu arbeiten. Wir wollen durch Coaching und Begegnung, wie im Projekt „Traumfänger“, den sozialen Zusammenhalt stärken.

Im ersten Jahr haben wir uns den Luxus gegönnt, in der Verwaltung konzeptionell über Fragen wie Segregation oder Ankunftsstadtteile nachzudenken. Wir haben beispielsweise anhand statistischer Daten 19 Saarbrücker Ankunftsgebiete identifiziert und in einer Karte visualisiert. Dann haben wir uns gefragt, was das Besondere an diesen Stadtteilen ist. Kann man sie planen bzw. steuern? Welche Rolle spielen sie im Gesamtgefüge der Stadt? Und wir konnten im Laufe des Projekts deutlich machen, dass Ankunftsgebiete weder „Parallelgesellschaften“ noch „Ghettos“ sind. Es gibt dort günstige Wohnungen und oft niedrigschwellige Arbeitsmöglichkeiten, in denen die deutsche Sprache keine Rolle spielt. In Ankunftsstadtteilen können neu Zugewanderte Rat und Hilfe von anderen einholen und häufig gibt es bereits soziale Einrichtungen, die sich auf neu Ankommende eingestellt haben. Wir sind der Auffassung, dass Ankunftsgebiete für die Gesamtstadt als „Integrationsmaschinen“ eine extrem wichtige Rolle übernehmen. Deswegen brauchen sie unsere Unterstützung. Wir haben anerkannt, dass es Durchgangsorte für diejenigen sind, die den gesellschaftlichen Aufstieg schaffen. Gleichzeitig gilt es, akzeptable Lebensbedingungen für die zu schaffen, die dort bleiben.

Kabis: Innerhalb des zweiten Pakets, des stadtgesellschaftlichen Dialogs, haben wir gemerkt, dass wir Angst nehmen können, indem wir verschiedene Akteure zusammenbringen. Das hat sich auch im Rahmen der Kampagne widerspiegelt: Mit Formaten, wie „Speeddating“, „Begegnung der Religionen“ oder „Picknick am laufenden Meter“ sind viele Menschen in Kontakt gekommen. Das hat vielen ein Vertrauen und Rückhalt in ihrer Arbeit oder ihren Aktivitäten gegeben.

Schmitz: Für die Steuerung war uns der Governance-Ansatz sehr wichtig. Wir sind nicht streng formal oder hierarchisch vorgegangen, so wie die klassische Verwaltung aufgestellt ist, sondern wir haben quartiersbezogen geschaut, wer die treibenden Kräfte sind und wie man fruchtbare

Kooperationsbeziehungen aufbauen kann. Die Basis waren frei verabredete Kooperationen, ohne Verträge etc.

■ *Sie überarbeiten aktuell das Integrationskonzept der Stadt Saarbrücken. Welchen Einfluss haben Ihre Erfahrungen aus dem Projekt darauf?*

Kabis: Das Konzept basiert sehr stark auf den Erfahrungen von PatchWorkCity. Es geht um das Thema „Ankommen gestalten“, wobei der Aspekt der integrierten Quartiersentwicklung eine wesentliche Voraussetzung für Integration ist. Weitere Schwerpunkte sind die Themen Bildung und sozialer Zusammenhalt. Hier bauen wir unmittelbar auf unseren Erfahrungen mit der Kampagne im Sinne von „Kontakt und Begegnung schaffen“ auf. Auf der anderen Seite soll der Blick auf Konfliktpotenziale gerichtet werden und Kompetenzen im Umgang mit Konflikten aufgebaut werden. Es geht um einen umfassenden Blick auf die Gesellschaft und die Stadtteile, weniger um eine Auflistung von Einzelmaßnahmen. Ohne PatchWorkCity wäre das Integrationskonzept ganz anders ausgefallen. Bei der Erstellung wurden viele Träger eingebunden. Im letzten Frühjahr hatten wir z. B. einen Workshop zum Thema „Integration weiterdenken“, Fachgespräche und eine Fokusgruppe. Wenn das Konzept im abgestimmten Entwurf vorliegt, geht es für eine Stellungnahme an die wichtigsten Akteure.

■ *Was empfehlen Sie anderen Kommunen mit ähnlicher Fragestellung?*

Schmitz: Nehmen Sie sich Zeit für „langames Denken“ (Daniel Kahneman), gönnen Sie sich den Luxus, wie Frau Meyer gesagt hat, zu analysieren, zu reflektieren und über den Tellerrand hinaus zu schauen. Welche Bedeutung hat z. B. das Ankommen und Zuwandern der Menschen für die verschiedenen Ressorts und für bestimmte Stadtgebiete?

Was wir auch empfehlen können ist, selbst zu machen, auch mal mit einfachen Mitteln. Dabei denke ich vor allem an die Kampagne. Wir hätten die Organisation an eine Agentur auslagern können. Stattdessen haben wir gemeinsam geplant, die engagierten Akteure mit ihren zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen unterstützt und bei den kleinen, aber aufwendigen Formalitäten und Behördenabstimmungen geholfen. Dadurch eignet man sich das Thema an und es entsteht eine Atmosphäre, die Augenhöhe und eine partnerschaftliche Kultur ermöglicht. Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass genau das die anspruchsvollen und wertvollen Ansätze waren. Was sich auch bewährt hat war, dass wir nicht Probleme fokussiert haben, sondern positiv angesetzt haben.

Kabis: Das ist richtig, wir sind ganz stark in Beziehungsarbeit mit vielen Menschen in unserer Stadt gegangen. Man muss nah ran gehen und darf sich nicht im Rathaus verschanzen. Wir gehen auch anders aus dem Projekt raus als wir reingegangen sind, weil wir an vielen Begegnungsformaten teilgenommen und viele Gespräche geführt haben. Das verändert auch die eigene Wahrnehmung. Außerdem war für mich wichtig, viel auszuprobieren und zu experimentieren. Wenn wir einfach eine

Agentur beauftragt hätten, wäre bei der Kampagne nie diese Vielfalt an Ideen entstanden.

■ *Wie geht es nun mit PatchWorkCity weiter?*

Kabis: PatchWorkCity werden wir auf jeden Fall weiterentwickeln. Ganz wichtig ist uns die Fortführung von Dialogveranstaltungen. Wir werden dies zunächst über unsere Partnerschaft für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben“ tun. Vielleicht schaffen wir es auch, im städtischen Haushalt dafür etwas Geld einzuplanen. Im Rahmen unserer regulären Arbeit werden wir weiterhin Strukturen in den Stadtteilen aufbauen, mit denen wir Konflikte und Konfliktpotenziale besser im Blick haben.

Meyer: Unser Bewusstsein wurde gestärkt, in Gebieten ohne Förderprogramme an einer integrierten und partizipativen Quartiersentwicklung zu arbeiten. Das ist angesichts knapper personeller und finanzieller Ressourcen – Saarbrücken ist eine Haushaltsnotlagekommune – nicht immer einfach, aber notwendig – und möglich.

Schmitz: Auch manche unserer Partner knüpfen in eigener Initiative an das Projekt an. Das Netzwerk der Wohnungslosenhilfe z. B. hat für seine Veranstaltungen zum 30-jährigen Bestehen das PatchWorkCity-Logo und Aktionsmaterialien verwendet. Vielen Menschen hat das sofort eingeleuchtet: Menschen in Wohnungsnot sind Teil unserer PatchWorkCity. Wir sind dabei zu lernen, häufiger über Zielgruppen, partikulare Interessen und Zuständigkeiten hinaus zu denken und stattdessen die Gemeinsamkeiten zu sehen und zu stärken.

Das Gespräch führten Meike Heckenroth und Timo Heyn, empirica ag

Die Kampagne und ihre Veranstaltungsformate werden ausführlich in der Dokumentation „Vielfalt ins Gespräch bringen“ beschrieben. Aktuell erarbeitet Saarbrücken einen Leitfaden für Ankunftsquartiere. Weitere Informationen unter: www.saarbruecken.de



Foto: Gero Weber

Martina Meyer

ist Mitarbeiterin in der Entwicklungsplanung im Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen. Im Projekt „PatchWorkCity“ hat die Entwicklungsplanung die Federführung übernommen.



Foto: Andreas Kessler

Veronika Kabis

leitet das Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken. Sie ist Mitglied der Projektgruppe „PatchWorkCity“.



Foto: Frank Schmitz

Frank Schmitz

ist Sozialplaner im Amt für soziale Angelegenheiten der Landeshauptstadt Saarbrücken. Er ist Mitglied der Projektgruppe „PatchWorkCity“.

Gestalte deine Stadt

„Hut ab vor der Osnabrücker Verwaltung“

Bei Kaffee und Kuchen im Osnabrücker Rathaus haben wir gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern migrantischer Vereine und Verantwortlichen der Stadt Osnabrück über ihre Erfahrungen im Rahmen des Projekts „Gestalte deine Stadt – Osnabrücks Zukunft kennt keine Herkunft“ gesprochen. Ziel des Projekts ist es, Zugewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund stärker als bisher in Dialoge zur Zukunft der Stadt einzubinden.

Die Stadtgesellschaft Osnabrücks wird immer vielfältiger, bereits heute haben 30% der Osnabrückerinnen und Osnabrücker einen Migrationshintergrund, in manchen Vierteln sogar über 50%. Um mehr über deren Lebenssituation zu erfahren, wurde im Januar 2018 eine Onlinebefragung in sieben Sprachen durchgeführt. Etwas mehr als die Hälfte der Antworten stammen von Personen mit Migrationshintergrund. Im Ergebnis zeigt sich, dass Befragte mit und ohne Migrationshintergrund die Zufriedenheit bezüglich des Arbeitsplatzangebots, der Sicherheit, Sauberkeit oder Verkehrssituation weitgehend identisch bewertet haben.

Unterschiedlich sind allerdings die Diskriminierungserfahrungen von Migrantinnen und Migranten, von denen insbesondere in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und Bildung berichtet wird. Das Thema kommt auch in unserer Gesprächsrunde* auf und wird um eigene Erfahrungen ergänzt: Kinder der ersten Generation mit türkischem Migrationshintergrund nehmen bei inserierten Wohnungen eher telefonisch Kontakt mit den Vermietenden auf, um nicht aufgrund ihres Namens benachteiligt zu werden. Im Gegenteil dazu erzählen uns russlandstämmige Migrantinnen, dass sie lieber schriftlich auf die Inserate reagieren, weil die Namen deutsch klingen, während am Telefon der Akzent zu hören ist. Andere Teilnehmer erzählen aus ihren Erfahrungen:

„Mein Mann und ich haben uns vor vielen Jahren bei der Besichtigung als Holländer und Italienerin ausgegeben, um eine Wohnung zu bekommen. Wir haben dem Vermieter erzählt, der türkische Geburtsort meines Mannes sei ein Ort in Ostdeutschland. So haben wir die Wohnung bekommen.“

„Eigentlich kann man über diese absurden Erfahrungen nur lachen, aber solche Vorbehalte sind nicht nur Anekdoten aus der Vergangenheit, sondern auch heute, auch in der zweiten Generation, noch Realität.“

„Ich dachte früher, meine Kinder werden keine Probleme mit Diskriminierung haben, aber das stimmt leider nicht.“

Die Ergebnisse der Befragungen bildeten für die Verwaltung einen Anlass, mit Migrantinnen und Migranten stärker in den Dialog zu treten und verschiedene Themen der Stadtentwicklung aus Perspektive von Migranten zu vertiefen. Über die persönliche Ansprache von Multiplikatoren aus Migrantenvereinen wurde der Kontakt zu verschiedenen Communities – türkischstämmigen, portugiesischen, russlanddeutschen, polnischen, verschiedenen Ländern Afrikas sowie Geflüchteten unterschiedlicher Herkunft – hergestellt. Die Dialogangebote der Verwaltung wurden von den angesprochenen Menschen sehr positiv aufgenommen.

„Als die Stadt auf uns zugekommen ist, konnte ich es kaum glauben, ich habe mich so darüber gefreut!“

„Hut ab vor der Stadt Osnabrück, dass so ein Projekt umgesetzt wird!“



„Die Ansprache und Beteiligung lief sehr gut ab, auch methodisch hat sich die Verwaltung viel Mühe gegeben und das super umgesetzt!“

Nach den Treffen in kleineren Gruppen lud die Verwaltung zu einer Zukunftswerkstatt „Migration und Stadtentwicklung“ ein, der rund 75 interessierte Personen folgten. An einzelnen Stationen wurden die Ergebnisse aus den Fokusgruppen rund um die Themen Wohnen und Nachbarschaft, Mobilität und Verkehr, Arbeit und Bildung, Kultur und Ehrenamt, Stadt und Stadtbild, Ankommen in Deutschland sowie Ankommen in Osnabrück diskutiert. Schließlich wurden konkrete Projektideen gesammelt und gemeinsam weiterentwickelt. An den unterschiedlichen Formaten haben im Wesentlichen Mitglieder verschiedener Vereine teilgenommen. Damit sind insbesondere ältere Personen mit eigener Migrationserfahrung erreicht worden.

„Wir sehen, dass sich über die Jahre sehr viel verändert hat und sich für Migranten viel verbessert hat. Allerdings gibt es nach wie vor einiges zu tun und daher ist das Projekt für Osnabrück aus unserer Sicht sehr wichtig. So ein Engagement der Stadt hätte zwar schon längst geschehen sollen, aber ein Zu-Spät gibt es nicht.“

„Unsere Kindergeneration hat natürlich eine andere Perspektive. Sie haben keine eigene Migrationserfahrung und wollen daher auch nicht so gesehen werden. Dennoch haben viele eine starke Verbundenheit mit der Kultur ihrer Eltern.“

„Die Frage der eigenen Identität ist eine sehr wichtige. Leider ist es nicht selbstverständlich, dass in der zweiten Generation zwei gleichwertige Identitäten akzeptiert werden. Für viele Kinder wäre es gut, wenn man sich nicht für eine Identität entscheiden muss und dadurch das Gefühl bekommt, etwas aufgeben zu müssen. Zwei Identitäten und zwei Sprachen werden leider noch zu selten als etwas Positives gesehen.“

„Der Dialogprozess ist auch deswegen wichtig, weil viele von uns keine Wahlberechtigung haben. Damit sind wir für die Politiker nicht besonders interessant. Nun können wir uns trotzdem mit kleinen Projekten in die Gestaltung der Stadt einbringen.“

„Es ist gut, dass alle Osnabrücker angesprochen werden und nicht nur die, die einen deutschen Pass haben und wählen können.“

Um die vorgeschlagenen Projekte umzusetzen, hat die Verwaltung einen Fonds für entsprechende Mikroprojekte eingerichtet und dabei Wert auf eine möglichst unbürokratische Abwicklung gelegt. Insgesamt werden jetzt 14 Projekte mit 500 bis 5.000 Euro gefördert.



Foto: empirica ag

„Die finanzielle Unterstützung für unsere Vereine durch die Stadtverwaltung bedeutet eine Anerkennung unserer langjährigen Arbeit und gleichzeitig die Möglichkeit für neue Aktivitäten.“

„Ich engagiere mich seit über 30 Jahren in dem Verein und wurde nun das erste Mal von offizieller Seite wahrgenommen und für meine Arbeit gewürdigt. Das hat sehr gut getan.“

Vorgeschlagen wurden z. B. Führungen, in denen die Institutionen der Stadt vorgestellt werden und erklärt wird, wie die Politik in Deutschland, insbesondere auf kommunaler Ebene, funktioniert. Gerade aus autoritären Regimen nach Deutschland Zugewanderte haben ein großes Interesse an politischer Bildung. Eine weitere Idee war die Entwicklung einer App oder einer Website, auf der die verschiedenen Vereine ihre Termine und Angebote eintragen können, damit die vielfältigen Angebote in der Stadt besser wahrgenommen werden können. Und wie geht es in Osnabrück weiter? Aus Sicht der Stadt ist es wichtig, dass der angestoßene Prozess fortgeführt wird und Migranten weiterhin in die Stadtentwicklung einbezogen, angesprochen, eingeladen, beteiligt und aktiviert werden. Diese Haltung soll auf Dauer in die alltägliche Arbeit der Stadtverwaltung übergehen.

Das Gespräch führten Meike Heckenroth und Timo Heyn, empirica ag

* An dem Gespräch haben Frau Leder, Marina Sander, Irene Vogel von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V., Mehmet Karagöz und Refik Karagöz, Hatice Sever und Türkan Yilanci des Atatürk Kultur- und Jugendvereins Osnabrück e. V. und des Atatürk Kultur- und Bildungsvereins Osnabrück e. V. sowie Claas Beckord, Rainer Kasch, Seda Rass-Turgut und Ralf Sabelhaus von der Osnabrücker Verwaltung teilgenommen.

Strategien und Initiativen in Toronto

Zuwanderung als Chance verstehen

Toronto ist eine der multikulturellsten Städte der Welt. Jedes Jahr wählen Zehntausende die Stadt als ihre neue Heimat. Ihre unterschiedlichen Kulturen und Gemeinschaften haben dazu beigetragen, die Identität Torontos als pulsierende globale Stadt zu entwickeln. Und dies zeigt auch das selbstbewusste Motto „Diversity, Our strength“. Die Stadt Toronto hat sich strategisch aufgestellt und viele Initiativen für ein gutes Ankommen der Neuzuwanderer entwickelt. Susan Brown und Maimuna Gaye aus dem Toronto Newcomer Office geben einen Einblick in die Toronto Newcomer Strategy.

Im Jahr 2016 lebten in Kanada 34,5 Mio. Menschen. 8 Mio. bzw. 23% von ihnen wurden außerhalb Kanadas geboren. In der Metropole Toronto leben insgesamt 2,7 Mio. Menschen, mit 51,2% wurde mehr als jeder Zweite außerhalb Kanadas geboren. Weitere 27,5% wurden in Kanada geboren, haben aber eine Einwanderungsgeschichte, weil mindestens ein Elternteil außerhalb Kanadas geboren wurde. Knapp 80% der Bevölkerung Torontos haben also einen direkten Bezug zu Migration. Im Zuge der Eingemeindung mehrerer Vorstädte im Jahr 1998 wurde das gemeinsame Stadtmotto „Diversity, Our Strength“ entwickelt. Dabei wird Diversität sehr umfassend verstanden:

„In addition to culture, diversity includes people with different abilities, sexual orientations and gender identities.“

Anders als in vielen europäischen Ländern stößt Einwanderung in Kanada auf großen Zuspruch in der Bevölkerung. 2018 gaben 8 von 10 Befragten in einer Studie an, dass Einwanderung einen positiven Einfluss auf die kanadische Wirtschaft hat. Im Gespräch erläutert Susan Brown, dass diese Einstellung nicht unbegründet ist. Ein Punktesystem ermöglicht es Einwanderern, sich „offiziell“ um eine Einreise nach Kanada zu bewerben, was dazu führt, dass überwiegend gut Gebildete zuziehen. Zwischen 2011 und 2016 hatten 52% der Neuzugezogenen mindestens einen Bachelorabschluss. Bei der in Kanada geborenen Bevölkerung lag die Quote in der gleichen Zeit bei 24%. Zudem wirken die Folgen des demografischen Wandels und der Stolz auf den kanadischen Multikulturalismus positiv auf die Stimmung. Gleichzeitig bringt die Stadt Toronto ein großes Engagement auf, um Neubürgerinnen und Neubürger erfolgreich zu integrieren. Die Themen Einwanderung und Multikulturalismus sind in der Verwaltungsarbeit feste Bestandteile, denen mit diversen Strategien und Initiativen begegnet wird.

Wertschätzende Sprache

Für Maimuna Gaye zeigt sich die Offenheit gegenüber Einwandernden bereits in der Begriffswahl: Anstatt Migrant werden in Toronto Begriffe wie Newcomer (dt.: Neubürger, Neuankömmling) oder Immigrant genutzt. Auch die Bezeichnung von Menschen als illegal wird in der Stadtverwaltung vermieden und stattdessen „ohne Status“ oder undokumentiert genutzt. Wichtig ist, dass die Bezeichnung keinen temporären Zustand suggeriert, sondern der Person vermittelt, Teil der Gesellschaft zu sein. Dies soll nicht nur über die gewählten Begriffe geschehen. Mit der Toronto Newcomer Strategy wird die erfolgreiche Integration von Neuankommenden auf Ebene der lokalen Nachbarschaft, des Stadtteils und der Gesamtstadt ermöglicht.

„The mission is to advance a successful settlement and integration of all newcomers to Toronto through a seamless, responsive and accountable human service system.“

Um die Strategie mit Leben zu füllen, wurde im Jahr 2012 der Newcomer Leadership Table initiiert. Rund 35 Mitarbeitende der kommunalen und regionalen Verwaltung (i. d. R. head of division), die mit der Thematik Integration in ihren Fachabteilungen betraut sind, treffen und beraten sich alle zwei Wochen. So kann durch Austausch und Schnittstellenarbeit (v. a. Planung und Soziales) auf die Bedürfnisse der Neuzuziehenden reagiert und für akute Problemlagen ämterübergreifende Lösungsansätze gefunden werden. Dies zeigte sich z. B. beim starken Zuzug von Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis aus den USA nach der Wahl von Donald Trump oder bei der Fluchtzuwanderung aus Syrien. Susan Brown schildert auch die vier Local Immigration Partnerships (LIP) als weitere wichtige Säulen der Toronto Newcomer Strategy, da hier auf lokaler Ebene der Austausch der Akteure institutionalisiert wurde. Gleichzeitig wurde das Toronto Newcomer Office (TNO) eingerichtet, zu dessen Team Susan Brown und Maimuna Gaye zählen. Es sitzt mit am Newcomer Leadership Table und übernimmt beim Austausch der vier Local Immigration Partnerships eine koordinierende Funktion.

Zugang ohne Barrieren

Das TNO hat es sich zur Aufgabe gemacht, für Integration zu werben und Anregungen der verschiedenen Gremien umzusetzen. Ein Beispiel ist die Initiative Access Toronto (Access T.O.) durch die alle Personen Zugang zu städtischen Dienstleistungen erhalten sollen, ohne dass sie nach ihrem Aufenthaltsstatus gefragt werden. Durch die „Don't ask, don't tell“-Politik, müssen die Newcomer keine Angst haben, bei der Inanspruchnahme städtischer Leistungen als undokumentierte Person identifiziert und möglicherweise des Landes verwiesen zu werden. Um Zugang zu städtischen Dienstleistungen zu erhalten, sind lediglich ein Name und eine Adresse erforderlich. Das städtische Personal wird geschult, damit die Verantwortlichen wissen, welche Informationen abgefragt und preisgegeben werden müssen und welche nicht. Diese Initiative betrifft z.B. Schulen, Bibliotheken und Schwimmkurse. Für Susan Brown zeigt dies die Achtung und Umsetzung der Menschenrechte durch die Stadt Toronto. Standard ist dieses Vorgehen für Kanada allerdings nicht. Möchte man Dienstleistungen der Province Ontario in Anspruch nehmen, so ist ein offizieller Status die Voraussetzung. Maimuna Gaye beschreibt, dass es keine verlässlichen Statistiken dazu gibt, wie viele undokumentierte Personen in Toronto leben. Ging man vor einigen Jahren von 50.000 bis 60.000 Personen aus, so schätzt man ihre Zahl heute auf knapp 500.000 Personen. Für diese Menschen ist die Initiative Access T.O. von enormem Wert, weil sie Toronto zu einer Ankunftsstadt macht, die Teilhabe und Integration auch „ohne Status“ ermöglicht.

„They will ask, do you need housing? Do you know how to get a driver's license? Or talk about the health card, school, public health and something like that.“

Praktische Hilfestellungen bieten dabei die 14 sogenannten Newcomer Services Kiosks. Diese befinden sich zum Beispiel im Rathaus, Civic Center oder Community Center. Hier erhält man ebenfalls Informationen und Beratung zu Themen wie Bildung, Arbeit, Gesundheit, Wohnen, Schule, gemeinnützigen Einrichtungen etc. Auch hier wird die „Don't ask don't tell“-Politik angewandt. Die Kioske werden von der Stadt in Kooperation mit kommunalen Einrichtungen („community agencies“) bereitgestellt. Die Stadt stellt den Raum zur Verfügung, die Organisationen das Personal.

Praktische Unterstützung

Auch für die gut ausgebildeten Newcomer mit englischen Sprachkenntnissen – hier wird der Begriff „employment ready“ genutzt – gibt es Unterstützungsprogramme, um die Potenziale, die die Menschen mitbringen, möglichst bald nutzen zu können. Sie werden mit Mentoren zusammengebracht, die in der gleichen Branche arbeiten wie sie. Die Mentoren treffen sich über drei bis vier Monate für 1,5 Stunden pro Woche mit dem Mentee und haben die Aufgabe, ihm zu helfen, die kanadische

Geschäftskultur zu vermitteln und ihn in das eigene professionelle Netzwerk einzubinden. Zuständig für diese Mentoring-Partnerschaft ist das „Toronto Region Immigrant Employment Council“ (TRIEC) in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Letztere ermutigt ihre Mitarbeiter, sich selbst zu engagieren, indem dies als Arbeitszeit anerkannt wird. Auch Susan Brown nimmt regelmäßig an dem Programm teil und hat bereits einige Immigranten begleitet. Ihr Resümee fällt sehr positiv aus, denn beim Mentoring geht es nicht nur um die Einführung in professionelle Netzwerke und das gesellschaftliche Leben, sondern auch um die Vermeidung von Isolation. In Toronto wurden seit Beginn des Programms im Jahr 2003 über 6.700 Newcomer von 4.660 kanadischen Mentoren begleitet.

Eine weitere Initiative, um das Ankommen und die Integration in Toronto zu begleiten, ist der Toronto Newcomer Day. Dieser wurde ins Leben gerufen, um die Neuankommenden in Toronto über die vielen kommunalen Unterstützungsangebote zu informieren und Brücken zu bestehenden Initiativen zu bauen. Die eintägige Veranstaltung gleicht einem Fest: Im Jahr 2018 präsentierten sich über 50 Nachbarschaftsvereine und Abteilungen der Stadtverwaltung. Unterstützt durch die Präsenz des Bürgermeisters zelebriert der Tag nicht nur die Neuankommenden, er stärkt auch alle Engagierten und feiert Torontos Vielfalt.

Das Gespräch führte Meike Heckenroth, empirica ag



Der Toronto Newcomer Day im Jahr 2018

Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Projekte mit Geflüchteten sind Projekte für die Stadt

Stadtentwicklung muss häufig unkonventionelle Wege gehen und Raum für innovative Ansätze schaffen, wenn Neuzugezogene und langjährige Bewohner aktiv mitgestalten sollen. Das Projekt Arrival Stadtland der IBA Thüringen versucht mit den Projekten „Zwischenraum zum Ankommen“ in Saalfeld und dem „Wir Labor“ in Erfurt zwei Prototypen zu unterstützen. In Saalfeld entsteht auf einer Brache ein multifunktionales Werkhaus, das zum Quartiersmittelpunkt werden soll, in Erfurt wird ein leerstehendes Bürogebäude einer inklusiven Nutzung zugeführt. Das Interview mit Hanka Giller, Leiterin des Amtes für Jugend und Soziales der Stadt Saalfeld, Steffen Präger, Vorsitzender des Vereins Plattform e. V. in Erfurt sowie Kerstin Faber und Dr. Bertram Schiffers, beide Projektleiter bei der IBA Thüringen, zeigt, wieviel Geduld und Engagement die Beteiligten brauchen, um integrierte Ansätze in der Stadtentwicklung umsetzen zu können.

„Zwischenraum zum Ankommen“ in Saalfeld

Frau Giller, wie ist die Projektidee für das Werkhaus in Saalfeld entstanden und welche Aufgabe hat die Verwaltung dabei übernommen?

Giller: Die alte Kaserne am Stadtrand beschäftigt uns schon seit vielen Jahren, weil dort Segregationsprozesse stattfinden, die wir als Sozialamt genau beobachten. Es handelt sich um ein altes Sowjetarmee-Gelände, das schon früher stigmatisiert wurde. Nach der politischen Wende wurde das Quartier aufgrund der dann errichteten Sozialwohnungen erneut stigmatisiert. 2015 wurde die bereits vorhandene Gemeinschaftsunterkunft auf eine Platzkapazität von 250 Plätzen aufgestockt und auf einmal hatten wir einen Migrationsanteil von 60%. Das hat zu massiven Konflikten in der alteingesessenen Bevölkerung geführt. Sie fühlten sich übergangen, weil die Gebäude für die Geflüchteten saniert wurden und ihre nicht. Das war wirklich dramatisch. Um die Menschen vor Ort miteinzubeziehen, haben wir mit Studierenden der Fachhochschule Erfurt das Projekt „Zukunftsstadt“ gestartet. Daraufhin sind die Bewohnerinnen und Bewohner z. B. mit Fotoapparaten losgegangen, haben ihr Quartier erkundet und bewertet, Collagen und einen Zukunftsplan erstellt. Leider sind wir bei „Zukunftsstadt“ nicht in die zweite Phase

gekommen und standen im Sommer 2016 ohne finanzielle Unterstützung da. Dann kam die IBA Thüringen, wir konnten uns bewerben und es hat glücklicherweise geklappt.

Das heißt, Sie haben die Federführung übernommen und die Initiative auf den Weg gebracht?

Giller: Ja, das geht in so einer kleinen Kommune sehr schnell. Wir haben den Bürgermeister angerufen, den Fördermittelantrag geschrieben, er hat unterschrieben... Zack! In die Förderkulisse der Sozialen Stadt wurden wir nach vielen Versuchen 2018 endlich aufgenommen.

Schiffers: Zudem war die Förderung über die Nationale Stadtentwicklungspolitik sehr hilfreich und hat für uns als Türöffner fungiert. Unsere Idee ist, das Werkhaus gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern zu einem Quartiersmittelpunkt zu entwickeln. Es sollen dauerhaft Arbeits- und Sozialräume, ein Café und vieles mehr entstehen. Mit einem Architekten errichten wir einen technischen Kern, der dann modular mit den Bewohnern weiterentwickelt werden kann. Es soll eine Bauweise sein, die zur Mitarbeit einlädt – es gibt noch viel zu tun, z. B. Wände verputzen oder das Dach decken. Da müssen wir natürlich Grauzonen aufmachen und können vieles nicht im Detail vorhersehen. Das heißt, wir sind mit einer ersten Idee und einem „Prozess“ zur Förderbehörde gegangen und nicht schon mit einem konkreten Plan für ein Haus, durchgeplant bis Leistungsphase IV. Unser Vorgehen steht damit im Kontrast zur normalen Förderlogik, die vorab sehr konkrete Pläne und Kostennachweise braucht. Wir schauen jetzt mal, wie weit wir mit dem Budget kommen und denken dann über Sponsoring und weitere Fördermöglichkeiten nach.

Giller: Ja, es gab viele Gespräche mit dem Ministerium. Das hat mittlerweile zugestimmt, dass neben dem Quartiersmanager auch ein Werkhausmanager gefördert wird, der die Selbstbauphasen betreut und managt. Auf Nachfrage zum Versicherungsschutz bei der Rechtsabteilung wurde die Veranstaltung als Maßnahme der Jugendarbeit deklariert. So können Kinder, Jugendliche und Erwachsene mitarbeiten und sind versichert.

Wie wurde die Initiative von den Bewohnern aufgenommen?

Giller: Gegenwind gibt es ständig. Wir greifen mit diesem Vorhaben die vorhandenen gesellschaftlichen Polaritäten auf. Manche Bewohner sind gegen das gemeinschaftliche und integrierende Projekt. Unsere Erfahrung ist, dass man nicht mit dem Zeigefinger kommen kann. Wir müssen den Personen auch



Illustration: Mia Sedding

Bei einem Sommer-Camp entstand ein Prototyp des nun geplanten Werkhauses.

Räume lassen und in Erfahrung bringen, was trotz Widerständen jeweils möglich ist und ab wann und wie man sie einbinden kann. Das braucht Geduld, da steht jeder an einer anderen Stelle. Viele sind sozioökonomisch abgehängt und haben das Gefühl, dass sich niemand für sie interessiert. Damit müssen wir ganz behutsam umgehen. Wichtig ist, dass die verschiedenen im Wohngebiet lebenden Bevölkerungsgruppen mitwirken.

„Wir Labor“ in Erfurt

Ein zweites Projekt, das von der IBA Thüringen begleitet wird, ist das „Wir Labor“ in Erfurt. In einem ehemaligen städtischen Bürogebäude will der Verein Plattform e. V. ein Integrationsprojekt schaffen. Was genau haben Sie vor?

Präger: Wir haben uns die Frage gestellt, wie es nach der Unterbringung von Geflüchteten weitergeht, wie man Integration über Arbeit realisieren kann. Ein Beispiel ist das Gründen von Unternehmen. Die leerstehende Immobilie in unmittelbarer Nähe der Container für die Geflüchteten schien uns geeignet für ein Integrationsprojekt. Wir haben der Stadt Erfurt vorgeschlagen ein „Zentrum für alle“ mit Begegnungs- und Aufenthalts-, Büro-, Lern- und Werkstatträumen zu schaffen. Wir haben ein erstes inhaltliches Programm erarbeitet, der Verwaltung Ideen und Partner vorgeschlagen und uns mit dem Projekt bei der IBA Thüringen beworben.

Faber: Das inhaltliche Programm soll einerseits die lokale Gemeinschaft zusammenhalten. Andererseits steht das ‚Wir‘ dabei nicht nur für eine gemeinsame inhaltliche, sondern auch für eine kooperative gestalterische Entwicklung des Leerstandes. Die Stadt als Eigentümerin und der Verein als zukünftiger Nutzer sind hier gleichermaßen IBA Kandidat. Gemeinsam wollen wir einfache Standards erproben, die bei bezahlbaren Kosten einen hohen städtebaulichen Wert und eine gute Architekturqualität versprechen. Geplant ist ein Umbau, der u. a. das Prinzip des „zirkulären Bauens“ fokussiert. Ein Schwerpunkt

der Aufgabenstellung liegt darüber hinaus in der Entwicklung eines nachahmenswerten Prozesses für die Gestaltung des Umbaus und Umsetzung des Programms. Das alles macht es zu einem durchaus anspruchsvollen Vorhaben.

■ *An dem Gebäude ist bisher wenig passiert. Woran liegt das?*

Präger: In Erfurt gibt es einen Investitionsrückstau. In den nächsten 10 Jahren müssen mindestens 500 Mio. Euro in den Neubau und die Sanierung von Schulen gesteckt werden. Dadurch hat die Verwaltung momentan wenig personelle Ressourcen, um den angestoßenen Prozess voranzutreiben. Das macht die Sache schwierig. Die 80 Geflüchteten in der Containersiedlung haben derzeit keinerlei Aufenthaltsräume. Wir haben einen Stadtteil, der durch den Anteil der Neuzugezogenen und Geflüchteten vor einer großen integrativen Herausforderung steht. Die Stadt hat rund 2 Mio. Euro zur baulichen Entwicklung des Gebäudes für die nächsten vier Jahre zur Verfügung gestellt. Und dazwischen stehen wir als zivilgesellschaftliche Organisation. Wir können den inklusiven Prozess und die Leute organisieren, das Programm entwickeln und umsetzen. Das sind unsere Kernkompetenzen. Wir würden als Verein auch 40.000 Euro Eigenmittel in die Hand nehmen, um mit den notwendigen Sicherungsmaßnahmen zu beginnen. Aber wir sind nicht die Bauherren oder Bauträger. Hier brauchen wir die Stadt.

Faber: Zu einem Stadtentwicklungsprozess gehört es, dass er nicht immer gradlinig verläuft. Bauvorhaben brauchen zudem sehr oft einen langen Atem. Als IBA Thüringen versuchen wir den kooperativen Prozess zu befördern, indem wir ihn mitgestalten und moderieren. Mit Stadt und Verein haben wir geplant, dass das Gebäude nach einer Wintersicherung ab Frühjahr 2020 in Nutzung genommen wird und dann schrittweise das „Wir Labor“ entwickelt wird. Die Innutzugnahme wird auch zur Gewinnung weiterer Partner und Akteure für die Umsetzung des Konzeptes genutzt. Schließlich handelt es sich um über 2.000 qm Bruttogeschossfläche plus Außenraum. Mit den Partnern wollen wir dann die weiteren Voraussetzungen für die Entwicklung und Gestaltung erarbeiten. Damit verfolgen wir keinen klassischen Gestaltungsprozess, sondern einen sukzessiven. Im Rahmen der IBA Thüringen sollen so Möglichkeiten und Grenzen des Selbstumbaus erprobt werden.

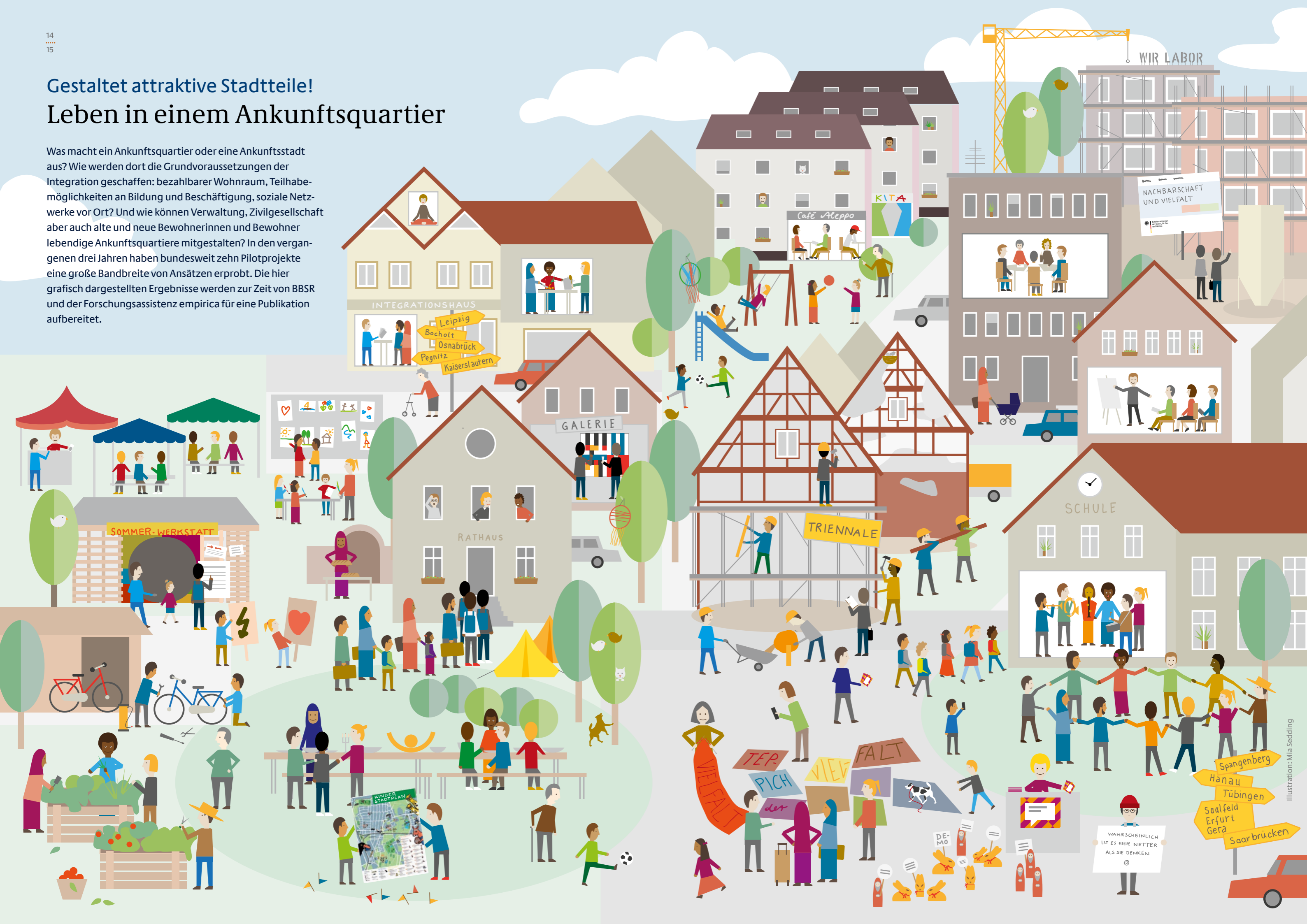
■ *Was wäre eine Hilfestellung für Ihr Projekt?*

Faber: Ein wesentliches Moment des Konzepts liegt in der selbstorganisierten programmatischen Erschließung des Gebäudes sowie der gleichzeitig kooperativen Gestaltung des Leerstandes. Dazu braucht es Projektverantwortliche auf allen Seiten. Und das ist das Entscheidende. Solange alle Beteiligten das Projekt wollen, wird es möglich werden. Die integrierte Stadtentwicklung fängt damit im Prozess selbst schon an.

Das Gespräch führten Meike Heckenroth und Timo Heyn, empirica ag

Gestaltet attraktive Stadtteile! Leben in einem Ankunftsquartier

Was macht ein Ankunftsquartier oder eine Ankunftsstadt aus? Wie werden dort die Grundvoraussetzungen der Integration geschaffen: bezahlbarer Wohnraum, Teilhabemöglichkeiten an Bildung und Beschäftigung, soziale Netzwerke vor Ort? Und wie können Verwaltung, Zivilgesellschaft aber auch alte und neue Bewohnerinnen und Bewohner lebendige Ankunftsquartiere mitgestalten? In den vergangenen drei Jahren haben bundesweit zehn Pilotprojekte eine große Bandbreite von Ansätzen erprobt. Die hier grafisch dargestellten Ergebnisse werden zur Zeit von BBSR und der Forschungsassistentin empirica für eine Publikation aufbereitet.



Nachbarschaft und Vielfalt

Wie wollen wir miteinander leben?

von Jan Lange

Mit dem Ziel der Entwicklung lebendiger Quartiere vergibt die Stadt Tübingen seit Jahren Baugrundstücke zu Festpreisen. Angesichts der verstärkten Zuwanderung wurde dieser Ansatz auf den Wohnungsbau für geflüchtete Menschen übertragen. Im Fokus dabei steht neben der Schaffung von langfristig bezahlbarem Wohnraum die Entwicklung quartiersbezogener Integrationsangebote und darüber die Vernetzung mit und in der Nachbarschaft.

Im Rahmen des Projektes „Nachbarschaft und Vielfalt“ werden rund um die Wohnstandorte am Hechinger Eck, in der Brückenstraße und beim Heuberger Tor und Horemer von 2017 bis 2020 verschiedene Beteiligungsformate durchgeführt. Bislang wurden die Weichen für ein gelingendes Miteinander durch zwei partizipative Formate gestellt: Auf Basis einer vorangegangenen Zufallsauswahl hatten die Teilnehmenden des „Stadtgesprächs“ die Möglichkeit, einander aus ihrem Alltag zu berichten, Herausforderungen für das Quartier aber auch mögliche Lösungsansätze zu identifizieren und neue Kontakte zu knüpfen. Die entsprechenden Anregungen wurden zu Themensträngen gebündelt und in einem aufbauenden Quartiersworkshop weiteren Anwohnenden und Vertretungen von Einrichtungen und Vereinen präsentiert, vertieft und in Arbeitsgruppen weiterentwickelt. Die folgenden Statements zeigen aus Perspektive unterschiedlich Beteiligter, wie die Aktivitäten rund um das Projekt Nachbarschaft und Vielfalt umgesetzt und erlebt werden.



Clemens Lander

Anwohner des Wohnstandortes in der Brückenstraße

„Die Baustelle der Unterbringung habe ich jetzt Jahre vor der Tür gehabt. Das ist nicht schön, aber ich habe auch keinen Besitzanspruch auf den freien Blick. Was mich immer mehr beschäftigt hat: Wie ist das, wenn die Flüchtlinge da sind? Die Verwaltung hat ein Stadtgespräch organisiert, per Zufallsauswahl Leute aus dem Viertel versammelt, ich hatte da kein Glück. Die konnten sich dann gegenseitig von ihrem Alltag erzählen. Da haben sich Leute kennengelernt, die sich vielleicht sonst nicht einmal grüßen würden. Und es wurden Themen gesammelt, die die Leute umtreiben. Das war dann die Grundlage für den Quartiersworkshop. Erstmal hat die Stadtverwaltung aber Infos rein gegeben. Mitgemacht habe ich dann in einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Gestaltung der Freiflächen am Neckar beschäftigt hat. Über die Veranstaltung hinaus ist da aber nichts draus geworden. Das ist aber nicht zentral. Zentral ist, dass ich jetzt die Menschen kenne, die Lust haben, was zu machen. Und vielleicht kommt die Gelegenheit an anderer Stelle.“



Reinhard Winter

Projektleiter Passerelle am Hechinger Eck

„Unser Projekt Passerelle entstand aus dem Quartier heraus, mit der Idee, eine Isolation der geflüchteten Menschen zu verhindern. Deshalb wurden in die Konzeption unseres Hauses von vorn herein Möglichkeiten für Verbindungen eingeplant: für die Bewohnenden untereinander, vor allem aber zur Nachbarschaft und ins Quartier. Dafür ist das praktische Tun gut geeignet. Wir haben deshalb eine Werkstatt, einen schönen Gruppenraum und einen gemeinschaftlichen Garten eingerichtet. Bei der Stadt Tübingen sind wir mit unseren Anliegen bei allen Verantwortlichen auf offene Ohren gestoßen. Jetzt ist das Haus gebaut und das Konzept lebt. Manchmal ist es schwierig den geflüchteten Quartiersbewohnenden zu vermitteln, was das Projekt Passerelle ist, aber das macht nichts, weil es praktisch wird. Einzelne Angebote werden fast überrannt, besonders die Nähwerkstatt. Die Herausforderung ist, dass wir beim „Übergänge schaffen“ sehen, dass es an vielen verschiedenen Ecken sehr viel zu tun gibt; das Personal – nur zwei halbe Stellen – und die Freiwilligen kommen an die Grenzen der Überlastung.“



Glory Aimiegbobor,
Bewohnerin des Projektes Passerelle

„Nach der Flucht aus Nigeria habe ich nach einem längeren Aufenthalt in Italien mit meinen beiden Söhnen zunächst in Karlsruhe und dann in Rottenburg gewohnt. Aber das war nicht gut. Wir mussten uns Wohnungen teilen, es gab viel Streit und in den Räumen war es nicht sauber. Jetzt wohnen wir im Wohnprojekt Passerelle und haben eine kleine Wohnung. So richtig beginne ich mit dem Ankommen erst jetzt. Ich habe Zeit und nicht immer nur Stress. Einen Deutschkurs besuche ich hier im Haus. Es gibt aber auch eine eigene Werkstatt, man bekommt Werkzeuge und Material und kann das reparieren, was man brauchen kann. Es werden verschiedene Kurse angeboten. Ich habe zum Beispiel in einer Woche gelernt zu nähen. Und wenn ich zu den Angeboten gehe, dort andere Leute treffe und wir etwas zusammen machen, dann gibt mir das Energie. Und langsam bekomme ich auch Kontakt zu der Nachbarschaft. Auf jeden Fall grüßen wir uns schon.“



Luzia Köberlein
Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung
und Integration der Stadt Tübingen

„Das Projekt „Nachbarschaft und Vielfalt“ hat mir viele Impulse gegeben. Durch die dezernatsübergreifende Kooperation mit den Beauftragten für Wohnraum und Barrierefreiheit und der Beauftragten für Bürgerengagement habe ich viel dazugelernt. Beispielsweise über die Bedeutung der räumlichen Dimension bei der Gestaltung des Zusammenlebens oder über Formate der Bürgerbeteiligung. Ich denke nun viel mehr daran, wenn ich Konzepte oder Projekte entwickle, diese Perspektiven – wenn möglich – mit einzubeziehen. Integration bedeutet Partizipation und geht alle an, alte und neue Nachbarn im Quartier, einheimische und zugewanderte Menschen. Ich finde, dass die Beteiligungsformate im Projekt gut geeignet waren auch solchen Menschen Raum zu geben, die sonst weniger zu Wort kommen. Daraus sind Kontakte entstanden, auf die beide Seiten, Verwaltung und Zivilgesellschaft, zurückgreifen können.“



Ingeborg Höhne-Mack,
Vorsitzende des Vereins Stadtteiltreff Wanne e. V.

„Beteiligungsprozesse sind wichtig, damit Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Herkunft, sozialem Status und politischer Einstellung miteinander ins Gespräch kommen können. Das betrifft dann auch ganz konkret Fragen der Stadtentwicklung wie z. B. eine sozialraumorientierte Kommunalpolitik, die es ermöglicht Menschen zusammenzubringen. Dazu gehören – mindestens in Tübingen – Stadtteiltreffs als zentraler Bestandteil unserer 2015 verabschiedeten Sozialkonzeption. Auf dem Quartiersworkshop habe ich erlebt, dass viele der Anwesenden meine Einschätzung über die Bedürfnisse vieler Menschen auf der Wanne nach Begegnungsmöglichkeiten außerhalb kirchlicher Räume teilten und eine Vereinsgründung für notwendig hielten. Daraus bildete sich der Kern unseres Vereinsvorstands. Allerdings muss man auch realistisch bleiben – es ist leichter in einem solchen Rahmen Ideen einzubringen als sich selbst auch auf aktives Handeln zu verpflichten. Fazit: ein Quartiersworkshop kann Dinge in Gang setzen und positive Entwicklungen fördern; die durchaus mühsame Arbeit des Aufbaus eines neuen Stadtteiltreffs aber muss über Monate, wahrscheinlich über Jahre vorangetrieben und in den politischen Gremien durchgesetzt werden.“

Das Projekt Nachbarschaft und Vielfalt hat als dezernatübergreifende Unternehmung neue Wege des quartiersbezogenen Arbeitens aufgezeigt. Zudem sind mit dem Stadtgespräch und anschließendem Quartiersworkshop Beteiligungsformate entwickelt worden, die durch ihre Ergebnisoffenheit von der jeweiligen Quartiersbevölkerung unterschiedlich angeeignet und ausgestaltet werden konnten. Zentraler Baustein ist dabei die persönliche Begegnung. Durch den Kontakt zwischen verschiedenen Akteuren wurden neue Verbindungen hergestellt, quartiersbezogene Aktivitäten initiiert und das Verhandeln auch konflikthafter Themen möglich. Insbesondere durch die zufällige Auswahl der Teilnehmenden am Stadtgespräch aber auch durch eine um Ausgewogenheit bemühte Moderation gelang es dabei, Menschen einzubeziehen, die in der Diskussion um die Exklusivität von Beteiligungsverfahren den sogenannten „stillen Gruppen“ zugerechnet werden. Aktuell befindet sich Nachbarschaft und Vielfalt im dritten Jahr und biegt nun auf die Zielgerade ein. Die zentrale Herausforderung wird sein, an das zivilgesellschaftliche Engagement anzuknüpfen und die sozialräumliche Teilhabe der geflüchteten Menschen zu stärken.

Jan Lange ist wissenschaftl. Mitarbeiter am Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaften der Universität Tübingen.

Jeder Handgriff zählt

Integration durch Mit-Bauen

von Diana Wetzstein

Funktionierende Ankunftsstädte bieten Arbeit und ermöglichen Selbsthilfe beim Bauen. Wie beides zusammenkommen kann, das erproben ganz verschiedene Akteure derzeit im Rahmen der FachwerkTriennale19. Im nordhessischen Spangenberg setzen die gemeinnützigen „Milden Stiftungen“ das Projekt „Haus Handwerk“ mit einer Arbeitsgelegenheits-Maßnahme um. Diese Qualifizierungsmaßnahme wurde durch das Jobcenter ausgeschrieben und wird vom sozialdiakonischen Stadtentwicklungsverein „Spangensteine e. V.“ betreut. Hier entstehen Sozialwohnungen, genossenschaftliche Ladenflächen, Kreativwerkstätten und eine zweisprachige Bibliothek.

Dienstagmorgen, 8.00 Uhr. Unter blauem Himmel thront Schloss Spangenberg, sonnenbestrahlt und direkt über dem grünen Laubwald. Am Hang gegenüber befindet sich eine besondere Baustelle. Besonders, weil hier heute fünfzehn Personen – Projektbetreuer, Geflüchtete und Langzeitarbeitslose – gemeinsam im Büro und am Fachwerkhaus arbeiten. 2020 soll das „Haus Handwerk“ fertig sein.

Im Büro besprechen Bauherren und Projektbeteiligte den aktuellen Stand. Die „Milden Stiftungen“, eine gemeinsame Stiftung von Stadt und evangelischer Kirchengemeinde, hat das Haus gekauft, seit 2017 wird es saniert. Unterstützt wird das Projekt durch den Stadtentwicklungsverein „Spangensteine e. V.“ und eine Sozialbetreuerin, die für Arbeitsgelegenheits-Maßnahmen, geförderte Festanstellungen und den Kontakt zum Jobcenter zuständig ist. Unersetzbar im Team ist außerdem Martin Will, der Sozialpädagoge, der auf der Baustelle Mensch und Handwerk zusammenfügt.



Foto: Diana Wetzstein

Die Mischmaschine rattert. Hammerschläge und Motorsäge sind zu hören. Der Geruch vom Holzkohlegrill zieht durchs Haus. „Heute wird gegrillt, weil jemand Geburtstag hatte“, sagt Martin. Der 70-jährige hat die Bauaufsicht übernommen, schiebt nach der Besprechung die Schubkarre unter die Mischmaschine, packt mit an. Er gibt allen die Arbeit, die geschafft werden kann und die Pausen, die sie brauchen. Alles läuft irgendwie parallel, sogar das Grillen. Im Hinterhof, zwischen Bauschutt und



Foto: Diana Wetzstein

Treppenaufgang stehen sie zusammen. Beim Essen suchen sie das Gespräch mit Martin.

Stein für Stein wird derweil ein neues Fundament gesetzt, der Gebäudekörper weiter entkernt. Fast unvorstellbar, dass hier einmal neue Räume entstehen werden. Nur wenige alte Eichenbalken aus dem 17. Jahrhundert sind noch vorhanden, ein provisorisches Holzgerüst stützt Dach und Außenwände. Beinahe stündlich müssen Entscheidungen getroffen, Kosten und Nutzen abgewogen werden. Ergibt das alles Sinn? „Wenn es gelingt, Menschen dabei zu helfen, wieder Spaß an der gemeinsamen Arbeit und Weiterbildung zu bekommen, sie ihre Erfahrungen nutzen können, um auf dem freien Arbeitsmarkt etwas für sich zu finden, dann macht das Sinn“, sagt Martin.



Foto: Diana Wetzstein



Foto: Diana Wetzstein

Balken schleppen, Werkzeuge und Steine anreichen, Mauern einreißen und neue hochziehen, was jeden Tag gemacht werden muss, ergibt sich. Martin koordiniert die Aktionen, bespricht immer wieder die Details, während Bernd und Dennis einer Schwelle mit Stemmeisen, Fäustel und Motorsäge zu Leibe rücken. „Alle hier haben Einbrüche in ihrem Leben erfahren, brauchen Zeit, um neue Wege zu finden. Bei uns werden sie dort eingesetzt, wo sie ihre Stärken erkennen“, sagt Martin. Jetzt ist auch der Eichenbalken freigelegt. Andere werden herbeigerufen, sie packen mit an, tragen ihn gemeinsam nach draußen. Nur etwa 15 Meter, die es in sich haben. Danach heißt es: Luft schnappen und weiter machen.

Vor etwa 350 Jahren bauten hier schon einmal viele Menschen Stein für Stein am Fundament. Der Zimmermeister konstruierte Schwellen, Riegel und Streben, die Gesellen und Lehrlinge bauten es auf. Einer lernte vom anderen, der Bauherr sorgte für



Foto: Diana Wetzstein

den Lohn und die tägliche Verpflegung. Alles reine Handarbeit und nur möglich, weil viele Hände mit zupackten. Am Ende konnten sie stolz sein auf dieses Gebäude, das elf Generationen ein Dach über dem Kopf geboten hat.

14.30 Uhr. Es ist Feierabend. Auch heute wurde viel besprochen und gemeinsam gegessen. Und jeder einzelne Handgriff hat das Projekt den Zielen ein Stück nähergebracht: ein Haus sanieren, Menschen Arbeit geben und so den Zusammenhalt stärken.



Foto: Diana Wetzstein

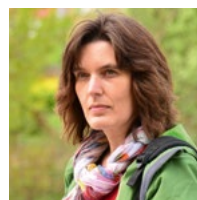


Foto: Carl-Heinz Greim

Diana Wetzstein
 FachwerkAgentur Wanfried,
 Freie Journalistin für historischen und
 modernen Holzbau

Gemeinsam Träume fangen

Burbach zwischen gestern und morgen

Hoffnung wagen: Mit dem Kunstprojekt „Traumfänger“ bringt die Künstlerin Annette Orlinski Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Saarbrücker Ankunftsstadtteil Burbach miteinander ins Gespräch. Die Teilnehmenden setzen sich mit Abschiedsschmerz und Trauer über das Verlorene, aber auch mit Hoffnung und Aufbruchsstimmung auseinander und drücken ihre Wünsche für ein gemeinschaftliches Miteinander in Form von selbst gestalteten Traumfängern aus.

In Burbach konzentrieren sich viele Probleme des Strukturwandels. Der Stadtteil war über Jahrzehnte ein blühender Industriestandort in Saarbrücken, doch im Zuge der Stahlkrise verloren hier bis in die 1990er Jahre viele Menschen ihren Arbeitsplatz. Auch heute sind 16,3 Prozent der Erwerbsfähigen ohne Arbeit und über 40 Prozent der Burbacherinnen und Burbacher SGB II-berechtigt, jeweils rund doppelt so viele wie im Saarbrücker Durchschnitt. Die Einwanderung, die einst das Aufblühen der Industrie ermöglicht hat, ist heute auch ein Merkmal, das dem Stadtteil zu schaffen macht. Fast ein Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner haben keine deutsche Staatsbürgerschaft, über 40 Prozent haben einen Migrationshintergrund. Insbesondere aus Syrien sind in den vergangenen Jahren viele Personen nach Saarbrücken gezogen. Für sie übernimmt Burbach eine wichtige Funktion als Ankunftsquartier. Der Stadtteil ist im Wandel: Vertrautes ändert rasch sein Gesicht, die Gleichzeitigkeit von alter und neuer Migration, die hohe Fluktuation und die Sorge um den Verlust der alten Identität beschäftigen viele Menschen.

„Damals gab es mehr Nachbarschaftshilfe und es gab viele Freundschaften.“ (Mery, seit 61 Jahren in Burbach)

„Es war früher ruhiger und grüner. Jetzt gibt es viele neue Gebäude und weniger Bäume. Viele kleine Geschäfte haben geschlossen.“ (Samina, seit 19 Jahren in Burbach)

Menschen mit sehr unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen teilen sich den Stadtteil und müssen lernen, miteinander zu leben. Für viele Zugewanderte kommt die Trauer um Orte und Menschen, die sie zurücklassen mussten, hinzu und erschwert ein Ankommen. Abschiedsschmerz und Erinnerung an bessere Zeiten in der alten Heimat, Sehnsucht nach einem Ankommen in der neuen Heimat – damit gehen große Gefühle einher: Für manche stehen Verunsicherung, Trauer und Angst im Vordergrund, für andere sind es Hoffnung und Aufbruchsstimmung.

„Im Jugendzentrum bekommen wir immer ein offenes Ohr. Wir fühlen uns hier sehr zu Hause. Wir bekommen bei allen unseren Problemen immer tolle Unterstützung.“ (Tülin, 12 Jahre alt)

Diese Gefühle zu benennen, sie aufzufangen und darüber miteinander ins Gespräch zu kommen, das schafft das Kunstprojekt Traumfänger, das von der Künstlerin Annette Orlinski im Rahmen von PatchWorkCity ins Leben gerufen wurde. Von Frühjahr bis Herbst 2019 treffen sich unterschiedliche Gruppen von 8 bis 10 Menschen einmal wöchentlich mit der Künstlerin. Gemeinsam arbeiten sie an einem Traumfänger: Große Hula-Hoop-Reifen werden mit individuellen, handgearbeiteten Details aus teilweise recycelten Materialien und persönlichen Botschaften bestückt.

„Ich wünsche mir mehr Farbe, Pflanzen und Kunst im öffentlichen Raum in unserem Stadtteil.“ (Ulrike, seit 50 Jahren in Burbach)

Dabei kommen Menschen ins Gespräch, die sich im Alltag vielleicht nie bewusst begegnet wären. Sie tauschen sich über ihr Leben im Stadtteil aus, über das, was sie voneinander trennt und das, was sie miteinander verbindet, über Abschied und Neuanfang, Ängste und Hoffnungen für das Miteinander in Burbach. So entstehen über mehrere Monate hinweg zahlreiche überdimensionale Traumfänger, in die die Sehnsüchte und Wünsche vieler Menschen eingearbeitet sind. Mit einer öffentlichen Kunstinstallation am Burbacher Markt soll das Projekt im August 2019 enden. Die Installation soll symbolisieren, dass es sich lohnt, für den Zusammenhalt in Burbach „Hoffnung zu wagen“ – auch ein Ziel des Projekts PatchWorkCity. Anschließend ziehen die Traumfänger in die Bäume an der Saarpromenade um.



Teilnehmerinnen an dem Kunstprojekt Traumfänger

Integrationshaus in Pegnitz – Treffpunkt der Kulturen

Daheim in Pegnitz?

Um geflüchteten Personen das Ankommen zu erleichtern, wurde in Pegnitz, einer bayerischen Kleinstadt im ländlichen Raum, ein Integrationshaus initiiert. Es hat sich schnell zu einem Ort für Begegnungen, Freizeitaktivitäten und Beratung entwickelt, das der gesamten Stadtgesellschaft offen steht. Im Gespräch mit drei jungen Männern haben wir erfahren, welche Bedeutung der Ort für sie im Alltag einnimmt.



Foto: Veronika Kobert

Dianguina vor dem Integrationshaus in Pegnitz

Dianguina ist 2015 aus Mali über viele Umwege nach Pegnitz gekommen. Er hatte gehofft, die nötigen Papiere zu erhalten, um offiziell hier leben und arbeiten zu dürfen. Mittlerweile hat er viele Menschen kennengelernt, Freunde gefunden, die Sprache gelernt und eine Ausbildungsstelle gefunden, ist Mitglied in einem Sportverein und einer Trommelgruppe, aktiv im Technischen Hilfswerk und nimmt an Angeboten des Unterstützerkreises des Integrationshauses teil. Die vielen engagierten Pegnitzerinnen und Pegnitzer des Integrationshauses haben ihm dabei sehr geholfen. Die Personen aus dem offenen Jugendtreff bezeichnet er heute als seine Familie.

Trotzdem ist die Lage des jungen Mannes nicht leicht: Sein Asylantrag sowie die Klage vor dem Verwaltungsgericht wurden abgelehnt. Dank einer Ausbildungsuldung kann er dennoch seine Ausbildung zum Hotelfachmann vollenden. Wenn er danach eine Stelle findet, kann er weitere zwei Jahre in Deutschland bleiben und hat anschließend die Chance, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen.

Er erzählt, dass die Angst vor Abschiebungen viele Menschen in den Pegnitzer Gemeinschaftsunterkünften stark beschäftigt. Er selbst beschreibt die Ungewissheit über den Aufenthaltsstatus als „ein Gefängnis im Kopf“. Er kann nicht nachvollziehen, warum viele Personen abgelehnt werden oder nicht arbeiten

dürfen, während die Betriebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen. „Wenn man immer zu Hause ist und nichts lernt, bekommt man schlechte Ideen“, sagt er. Deswegen möchte Dianguina weiterlernen und nie aufgeben.

Ali und Hussein* sind zwischen 20 und 30 Jahre alt und leben seit 3 Jahren in Pegnitz. Auch ihre Asylanträge wurden bereits zwei Mal abgelehnt. Derzeit läuft ihr Antrag auf die „Zulassung der Berufung“ – die letzte, aber wenig aussichtsreiche Chance, in Deutschland bleiben zu können. Anders als Dianguina dürfen sie nicht arbeiten oder eine Ausbildung machen. Immer wieder haben die beiden sich Stellen gesucht, die von der Ausländerbehörde nicht genehmigt wurden. Ali sagt, sein Traum wäre es, eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle zu haben. Hussein hat bereits einige Monate gearbeitet, bis ihm die Erlaubnis entzogen wurde. Seitdem wartet er auf die nötigen Papiere, mit wenig Aussicht auf Erfolg. Auch sein früherer Chef wartet auf ihn und fragt immer wieder, wann er endlich wiederkommen und für ihn arbeiten kann. Den Alltag beschreibt Ali mit den Worten: „Nichts. Wir bleiben nur zu Hause.“

Während sich die Situation in den vergangenen gut drei Jahren für manch anderen Geflüchteten in Pegnitz verbessert hat – viele haben mittlerweile eine Wohnung und Arbeit gefunden – ist dies bei Ali und Hussein anders. Auch sie haben Kontakte in Pegnitz geknüpft und besuchen den offenen Jugendtreff. Die Angebote des Integrationshauses helfen den beiden, ihre Probleme für ein paar Stunden zu vergessen: Gemeinsame Kochabende und die Ausflüge nach München oder zu Festen bieten Ablenkung. Doch zum Glückseligkeit brauchen sie mehr. Sie sind jung, sie möchten arbeiten und sie wollen helfen.

Dianguina, Hussein und Ali sind ängstlich wegen ihres unsicheren Status. Es ist eine starke psychische Belastung, bei der ihnen das Integrationshaus eine Stütze bieten kann. Die Möglichkeiten des Integrationshauses stoßen allerdings an Grenzen: Eine Perspektive geben, eine Arbeits- oder Ausbildungsurlaubnis, geschweige denn Aufenthaltserlaubnis erteilen, können sie nicht.

* Zum Schutz der Betroffenen wurden die Namen geändert und die Herkunft nicht genannt.

Stadtführung in Berlin

Eine andere Sicht auf Neukölln

Mohamad, Stadtführer beim Verein querstadtein, erzählt uns bei einer Führung durch Neukölln von seinem Ankommen in Berlin und zeigt uns die Orte, die für ihn besonders wichtig waren und es teilweise noch sind.



Foto: empirica ag

Dass Mohamad heute bereits eine Tour mit einer neunten Klasse hinter sich hat, merkt man ihm gar nicht an. Er wartet gut gelaunt nahe des U-Bahnhofs Neukölln auf uns. Hier beginnt unsere gemeinsame Stadttour.

Die erste Station ist der Standort eines ehemaligen kurdischen Jugendzentrums auf der Karl-Marx-Straße. Ehemalig, weil die Miete so stark angehoben wurde, dass der Verein sie nicht mehr bezahlen konnte und heute keine Räumlichkeiten mehr hat. Nun befindet sich dort eine Bar. Der Verein unterstützte Menschen beim Ankommen mit Beratungsstunden, begleitete sie bei Behördengängen, es gab einen Fußballverein und eine kurdische Tanzgruppe, im Notfall gab es dort sogar Schlafplätze. Vor allen Dingen diente der Verein aber als Treffpunkt. Hier traf Mohamad auf Leute, die aus der gleichen Region kommen wie er selbst. Ein Stück Heimat in der Fremde. Auch Mohamad hat sich dort engagiert, um anderen zu helfen, da er weiß wie schwierig das ist. „Bevor ich in Deutschland war, hatte ich noch nie ein Formular ausgefüllt. Hier muss ich das andauernd machen. Ohne die Hilfe von Ehrenamtlichen hätte ich das nicht geschafft.“ Mohamad hatte das Glück, nicht nur auf den Verein angewiesen zu sein. Seine Tante wohnt seit 45 Jahren mit ihrer Familie in Berlin-Neukölln, wegen ihr war Berlin seit der Flucht aus

Syrien sein Ziel. Bei ihr kam er die ersten acht Monate unter. Sein Onkel ist selbst als Ehrenamtlicher aktiv und konnte ihm wertvolle Tipps geben: Da er wusste, wie viele Menschen in Berlin einen Asylantrag stellen, riet er Mohamad dies in Brandenburg zu tun. Nach einem Monat in Forst (Lausitz) an der polnischen Grenze hatte er einen positiven Bescheid: Drei Jahre Aufenthaltserlaubnis in Deutschland – er konnte zurück zu seiner Tante nach Berlin, sich für Sprach- und Integrationskurse, später sogar an der Universität einschreiben. Außerdem gab es endlich wieder leckeres syrisches Essen. Auf der Führung zeigt er uns Restaurants, die typisch syrisches Essen anbieten: Hummus, Halloumi, Falafel und vor allem Mlukhiye, Mohamads Lieblingessen. Ein Gericht aus Reis und spinatähnlichen Blättern. Eine Feststellung liegt ihm am Herzen: Hummus isst man mit Brot, nicht mit Messer und Gabel! „Es tut mir weh, das in Restaurants zu sehen“, sagt er mit einem Grinsen.

Wir laufen weiter die Sonnenallee oder, wie Mohamad sie nennt, die arabische Straße entlang. „Ich fühle mich hier wie in meiner Heimat. Wenn ich Heimweh habe oder Langeweile, laufe ich hier entlang.“ In Neukölln und vor allem auf der Sonnenallee findet er so viel Vertrautes und Vermisstes aus der zurückgelassenen Heimat, dass er sich hier nicht fremd fühlt. „So viele verschiedene Menschen und Kulturen leben hier, dass jeder genau die Person sein kann, die er sein möchte“.

Um uns einen Eindruck zu geben, wie schwierig das Zurechtfinden in einer anderen Sprache ist, verteilt Mohamad kleine Zettel mit arabischen Schriftzügen, die wir wiederfinden sollen. Ich weiß nicht mal wie rum ich den Zettel halten soll, den richtigen Laden finde ich nicht.

Mohamad ist nun seit 3,5 Jahren in Berlin. Er ist gut hier angekommen, studiert im zweiten Semester Maschinenbau an der TU Berlin, arbeitet als Stadtführer, hat Freunde und eine eigene Wohnung in Berlin-Marzahn gefunden. Dafür wird er von anderen Personen oft bemitleidet, doch er mag Marzahn: Er kann zur Uni durchfahren, die Mieten sind günstig und es gibt die einzige Seilbahn Berlins. Auf die Frage, ob er sich eine Zukunft in Berlin vorstellen kann, antwortet er: „Ich wollte nie nach Deutschland, ich bin nur hier, weil es nicht anders ging. Aber ich liebe Berlin und ich möchte hier bleiben.“ Noch 2,5 Jahre – dann ist die Aufenthaltserlaubnis erneut abgelaufen. Was dann passieren wird, weiß heute niemand. Bis dahin wird er sein Deutsch weiter verbessern, sein Studium fortführen und Stadttouren geben. Auch wenn es für ihn schwierig ist, nicht planen zu können.

Das Gespräch führte Carolin Fischer, empirica ag

Ich sehe was, was du nicht siehst!

Von einigen falschen Grundannahmen der Stadtplanung

von Stephan Willinger

Wenn man diese Ausgabe des *stadt:pilot* studiert, dann stößt man immer wieder auf ein Phänomen, das die Planung bisher unter dem Begriff der „Belange“ abgehandelt hat. Die Annahme war, es gebe eine Stadt, an der verschiedene Akteure Interessen haben. Und dass es eine Instanz gebe, die zwischen diesen Interessen abwägen könne, weil sie ein Gesamtbild der Stadt vor Augen habe.

Die Betrachtung von Stadt und Stadtentwicklung unter der Bedingung von Vielfalt lässt diese Annahme nun immer fraglicher erscheinen. Gibt es die eine Stadt überhaupt? Kann das Spangenberg des hier Geborenen dasselbe sein wie das غر بن غنابش des aus syrischen Kriegswirren dorthin Geflüchteten? Mir scheint, es sind unterschiedliche Städte in einer. Wenn das so ist, dann geht es bei Stadtplanung nicht um unterschiedliche Interessen an einer Stadt, sondern zunächst einmal um die Wahrnehmung dieser unterschiedlichen Städte in einer. Übrigens gilt dies nicht nur für die verschiedenen Städte, die durch die Wahrnehmungen von Menschen aus allen möglichen Weltregionen produziert werden. Es gilt in unserer ohnehin schon heterogenen Gesellschaft auch für die ganzen anderen Unterschiede, z. B. zwischen traditionell-konservativem und post-hedonistischem Milieu. Für die einen ist eine Brachfläche immer noch ein Schandfleck, für die anderen ein Zukunftsschutzgebiet.

Das sollte Folgen haben für die Art und Weise, wie wir als Stadtplaner den Raum kartieren, wie wir Planungsprobleme definieren und wie wir zu Lösungen zu gelangen versuchen. Es ist bei meinen Seminaren mit Studenten eine der ersten Übungen, durch die Stadt zu gehen, sich dem Alltagsleben der Menschen zu widmen und Orte mit Bedeutung zu finden. Und dann – unter Ausschaltung städtebaulicher Leitbilder – zu kartieren, was dort stattfindet und wie Räume dabei genutzt werden. Wer mit zu vielen Defiziten und Problemen, mit fehlenden Raumkanten, suboptimalen Nutzungen und anderen vorgefertigten Bewertungen wiederkommt, wird erneut losgeschickt.

Die Wahrnehmung der Stadt – man darf sie nicht zu räumlich und nicht zu statisch verstehen. Denn wo wir uns zum ersten Mal geküsst haben, wo wir eine überraschende Begegnung hatten oder wo wir spontan ein kleines Konzert geben, all das hängt nicht von der Höhe oder der Schönheit eines Kirchturms ab, von Sichtachsen oder Infrastrukturgeboten.

Es wäre falsch, wenn ein Kinderstadtplan nur die Standorte von Kitas und Spielplätzen enthielte. Denn das spiegelt nur ein Denken in Einrichtungen und eine Versorgungsmentalität wider, die in offenen Städten zwar notwendig sein mögen, aber auf keinen Fall hinreichend.

Hieraus folgt eine Reihe von Fragen, die ich zugleich auch an Sie richten möchte, liebe Leser: Wie lässt sich im Blick auf die Unendlichkeit potenzieller Städte so etwas wie Stand und Haltung gewinnen? Wie kann man in der Vielfalt der Optionen gute Städte planen? Fest steht: Einen Ort zu schaffen, an dem sich die Menschen tatsächlich wohlfühlen, die ihn tagtäglich nutzen, das erfordert immer mehr Toleranz für die Perspektiven der anderen und einen offenen, unvoreingenommenen Blick.



Foto: Stephan Willinger

Der Autor ist Projektleiter der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR.

Integration als Kommunikationsaufgabe

Die Welt in Bocholt

Der Einsatz von Sprach- und Kulturhelfern und eine neue Internetzeitung von Alt- und Neu-Bocholtern: beides sind Beispiele, wie Stadtgesellschaft, Migration und Stadtentwicklung vor Ort durch gemeinsames Engagement verschiedener Akteure positiv gestaltet werden können.

Zwischen 2013 und 2015 hat sich die Zahl der Geflüchteten in Bocholt mehr als verdoppelt. Städtische Organisationen und engagierte Bürger versuchen seither gemeinsam, Neu-Bocholtern das Ankommen zu erleichtern. Die Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft der Stadt Bocholt moderiert diesen Prozess federführend, die Volkshochschule Bocholt-Rhede-Isselburg (VHS Bocholt) bezieht im Bereich der Sprachförderung die Bocholter Bevölkerung aktiv mit ein.

Im Handlungskonzept für Geflüchtete der Stadt Bocholt von 2015 ist die „Sprache“ eines der zentralen Integrationsthemen. Die VHS Bocholt hat daher das Angebot der Sprachkurse in den letzten Jahren stark ausgeweitet. Ergänzend bieten rund 80 ehrenamtliche Sprachhelfer Kurse für Geflüchtete an. „Ohne das Engagement und die Kompetenzen der Alt-Bocholter könnten die Herausforderungen nicht gemeistert werden“, berichtet Elisabeth Schmeinck von der VHS Bocholt. Sie moderiert den „Runden Tisch Sprache“ und wird dabei fachlich von Frau Danuzza Mendonca-Leuters unterstützt. Die VHS Bocholt bildet nicht nur Sprachhelfer aus, sondern begleitet sie auch in dem Prozess und bietet Weiterbildungsmöglichkeiten zum Kulturhelfer an. Diese vermitteln Verhaltensweisen, Normen und Werte der Bocholter Stadtgesellschaft und unterstützen so Familien beim Ankommen.



Foto: empirica ag

Einige der Engagierten bei Orbis: Elisabeth Schmeinck, Khaled Aidy, Fatemeh Tabrizchi, Berthold Blesenkemper, Mossad Moussa, Simon Weiß, Hans-Jürgen Dickmann und Joachim Freund (v.l.n.r)

Die Internetzeitung Orbis ist ein weiteres Projekt der VHS Bocholt. Der Name weist dabei auf den Erdkreis hin, auf die Vielfalt anderer Herkünfte, die für Bocholt immer stärker zu einem Faktor des Zusammenlebens geworden ist. Elisabeth Schmeinck begleitet Orbis und betont: „Das Projekt ist für alle Interessierten offen. Wir wollten einfach mal was machen und dabei Menschen aus unterschiedlichen Kulturen einbeziehen.“ Orbis orientiert sich am Alltag in der Stadt und will Brücken zwischen Alteingesessenen und neu Hinzukommenden bauen. Die Idee hatten Khalid Aidy und Ahmed Maher Akkam aus Syrien, die nach ihrer Ankunft in Bocholt den Bedarf einer Orientierungshilfe für Neuankömmlinge sahen. Mit Unterstützung der VHS Bocholt hat sich Orbis inzwischen weiterentwickelt und ist durch ein engagiertes Team und die Balance zwischen Pragmatismus und Professionalismus zu einem langfristigen Projekt geworden.

Joachim Freund, Zeitungsredakteur im Ruhestand, ist einer der Profis im Team. Er beschreibt die Arbeit im Projekt als einen „gemeinsamen Prozess“, bei dem auch er viel über die Bocholter Stadtgesellschaft lernt. Er hat das Team journalistisch geschult und bei der Ausrichtung der Zeitung unterstützt. „Ziel von Orbis ist es, die Stadtgesellschaft als Ganzes zu gegenseitigem Verständnis zu motivieren“, so Freund. Orbis wird aus Kostengründen als Internetzeitung herausgegeben. Dank Sponsoring des Lions Club Bocholt und der VHS ist die Finanzierung für mindestens ein Jahr sichergestellt. Berthold Blesenkemper ist selbständiger Journalist und stellt die digitale Infrastruktur bereit. Er ist Herausgeber der News-Plattform ‚Made in Bocholt‘, auf der Orbis untergebracht ist.

Die Themen der Zeitung wurden mittels einer Befragung von Neu-Bocholtern in Deutschkursen der VHS ermittelt. Diese sind besonders an praktischen Informationen interessiert: Kontaktmöglichkeiten – vor allem auch zu Alt-Bocholtern – Freizeitunterhaltung, Veranstaltungen und Öffnungszeiten verschiedener Einrichtungen. Perspektivisch würde Orbis gerne eigene Veranstaltungen organisieren, auf denen sich Menschen persönlich begegnen können.

Die Artikel werden von unterschiedlichsten Autoren wie z. B. Khaled Aidy, Mossad Moussa, Simon Weiß und Hans-Jürgen Dickmann geschrieben. Das heterogene Team profitiert von den individuellen Stärken der einzelnen Mitglieder. Durch das außerordentliche Engagement und die professionelle Begleitung konnte Orbis von einer Idee zu einem langfristigen Gemeinschaftsprojekt werden.

Das Gespräch führten Timo Heyn und Matthias Nostadt, empirica ag

Mein Lieblingsort

Das Felix-Nussbaum-Haus Osnabrück

von Seda Rass-Turgut



Foto: Herrmann Penttermann

Als ich zum ersten Mal nach Osnabrück gekommen bin, hat mich das Felix-Nussbaum-Haus in seinen Bann gezogen: die Bilder und die Lebensgeschichte eines jüdischen Osnabrückers in einem Bau von Daniel Libeskind. Form und Inhalt stehen in bedrückendem Dialog. Felix Nussbaum wurde mit nahezu seiner gesamten Familie in die Flucht getrieben, verfolgt und in Auschwitz ermordet. Im Felix-Nussbaum-Haus erzählt der Maler in seinen Bildern davon und schreibt die NS-Zeit und den Holocaust für alle sichtbar in die Geschichte Osnabrücks ein – nicht als Anklage, sondern als Angebot für eine intensive Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Gegenwart in einem besonderen Haus und anhand konkreter Lebensgeschichten, deren Spuren sich in der Stadt wiederfinden.

Heute liegt mein Büro kaum 200 Meter vom Felix-Nussbaum-Haus entfernt. Ich komme jeden Tag am Museum vorbei, sehe den großen Kastanienbaum und die Magnolienbäume, deren weiße Blüten das Nussbaum-Haus im Frühjahr lebensfroh rahmen – und dann vergehen.

2017 hatte ich das Glück die Familie Nussbaum kennenzulernen, als eine von zwei überlebenden Cousinen von Felix Nussbaum ihre Lebenserinnerungen in Osnabrück vorgestellt hat. Die bewegende Familiengeschichte „Reise mit zwei Koffern“ kann ich jedem als Lektüre ans Herz legen.

Das Felix-Nussbaum-Haus ist mehr als ein Museum. Es ist ein Ort der Ruhe, Reflektion und Erinnerung. Seine Ausstellungen und Veranstaltungen laden ein, sich immer wieder zu vergegenwärtigen, in welche Abgründe die deutsche Gesellschaft schon gestürzt ist und wo wir heute, als eine freie und liberale Migrationsgesellschaft, stehen und stehen wollen.

Seda Rass-Turgut, Leiterin des Fachbereichs Integration, Soziales und Bürgerengagement der Stadt Osnabrück

Der Eiermann-Bau im Auenland

von Kerstin Faber



Foto: Thomas Müller, IBA Thüringen

Wer kann schon von sich behaupten beim Betreten des Arbeitsplatzes ein Lächeln im Gesicht zu haben? Seitdem die Internationale Bauausstellung (IBA) Thüringen den leer stehenden Egon-Eiermann-Bau in Apolda bezogen hat, lächle ich. Die von dem Architekten Herrmann Schneider 1906/07 gebaute Strickwarenfabrik wurde 1938/39 durch den Architekten Egon Eiermann zum Feuerlöschgerätekwerk erweitert – eine Ikone der Moderne. Bevor die IBA kam, rettete der Verein der „Freunde des Eiermann-Baus“ den seit 1994 leer stehenden denkmalgeschützten Bau vor dem Verfall. 2010/11 wurde eine grundlegende Sicherung durchgeführt, ohne Heizsystem. Kauf- oder Mietinteressen kamen jedoch nicht auf, bis die IBA sich in den Eiermann-Bau verliebte.

Seit 2018 verwirklicht die IBA Thüringen hier nun als Ankermieter und Placemaker ein einzigartiges Konzept: die Open Factory. Ein weltoffener Ort zum Denken, Diskutieren, Werkeln und Worken. So wollen wir den Eiermann-Bau auch weiterentwickeln: Durch die sukzessive Aneignung und die Suche nach Nachbarn, die den Bau mit uns gestalten wollen. Fürs Arbeiten ohne Heizung haben wir auch schon eine Lösung gefunden: Gewächshäuser. Sie sind Büro, Heizung und Lieblingsort in einem. Und um uns herum in der Auenstraße ist das Auenland – grün mit freilebenden Bienenvölkern.

Bis Ende September 2019 läuft noch die IBA Ausstellung im Eiermann-Bau, die zeigt, woran in Thüringen unter dem IBA Motto StadtLand gearbeitet wird. Vom 5. Juli bis 25. August wird das Kunstprojekt Hotel Egon, ein Hotel auf Zeit, erprobt. Bis 2023 hat die IBA Thüringen insgesamt Zeit, den Eiermann-Bau weiter zu entwickeln. Kommen Sie uns besuchen.

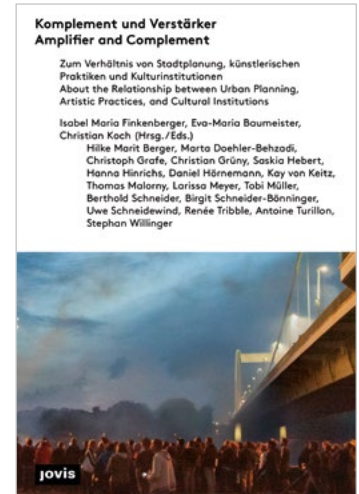
Kerstin Faber, Projektleiterin der IBA Thüringen, u. a. verantwortlich für das Pilotprojekt „Arrival StadtLand“

Pilotprojekte zum Nachlesen

Stadt von der anderen Seite sehen

Immer öfter beteiligen sich Akteure aus Kunst und Kultur an Stadtentwicklungsprozessen. Das ist kein Zufall, denn viele Herausforderungen der Stadtentwicklung erfordern heute Fähigkeiten, die jenseits des klassischen Planungsinstrumentariums liegen. Das gerade erschienene Buch „Komplement und Verstärker“ von Isabel Maria Finkenberger, Eva-Maria Baumeister und Christian Koch versammelt Positionen, die einen Beitrag zur Debatte um innovative Prozesse und künstlerische Methoden in der Stadtentwicklung leisten. Die Grundlage bildet das zweijährige Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik „Die Stadt von der anderen Seite sehen“ am Schauspiel Köln. Die Autoren reflektieren eine urbane Praxis im Wandel, mit neuen Akteuren und Organisationsformen.

Isabel Maria Finkenberger / Eva-Maria Baumeister / Christian Koch (Hg.) 2019: Komplement und Verstärker. Zum Verhältnis von Stadtplanung, künstlerischen Praktiken und Kulturinstitutionen. Jovis Verlag.



Quelle: Jovis Verlag



Quelle: Landeshauptstadt Saarbrücken

PatchWorkCity Saarbrücken

Wie kann Zusammenhalt in einer von Einwanderung und Vielfalt geprägten Stadt gelingen? Diese Frage stellte die Stadtverwaltung Saarbrücken im Pilotprojekt „PatchWorkCity“ der Stadtgesellschaft. Hierzu wurde ein öffentlicher Diskurs in Form einer Kampagne mit breiter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure initiiert. Die Grundidee: Mit einfachen Mitteln und geringem Ressourceneinsatz möglichst viele Saarbrücker Bürger miteinander in Kontakt und ins Gespräch bringen und zum Nachdenken über die Fragen des Zusammenlebens in Vielfalt anregen. In einer Broschüre werden die in der Kampagne entwickelten Dialogformate nun ausführlich beschrieben, um andere zum Nachmachen zu ermutigen. www.saarbruecken.de

Urbane Interventionen

Das Pilotprojekt „Urbane Interventionen“ der Hochschule Osnabrück hatte das Ziel, Menschen zum aktiven Gestalten der eigenen Nachbarschaft anzuregen. Stadtteilerwerkstätten und künstlerische Interventionen ließen dabei alltägliche Orte in einem anderen Licht erscheinen. In dem ergebnisoffenen Prozess zwischen Partizipation und Kunst entstanden Ideen für Veränderungen im Stadtteil, die dann gemeinsam mit vielen Beteiligten umgesetzt wurden. Das Buch „Impulse für lebenswerte Stadträume – Urbane Interventionen in Osnabrück“ dokumentiert und reflektiert nun die Projektergebnisse und gibt praktische Handlungsempfehlungen.

Das Buch steht zum Download auf dem OPUS-Server der Hochschule Osnabrück bereit.



Quelle: Projekt Urbane Interventionen



Foto: Thomas Müller, IBA Thüringen

Bildnachweis

Titel	Benjamin Pritzkeleit
Seite 2	Thomas Müller, IBA Thüringen
Seite 3	BMI
Seite 4	BBSR Mia Sedding
Seite 5	Heidi Scherm
Seite 6	Christian Bart
Seite 7	Gero Weber Andreas Kessler Frank Schmitz
Seite 8/9	empirica ag
Seite 10/11	City of Toronto
Seite 12/13	Mia Sedding
Seite 14/15	Mia Sedding
Seite 16/17	Mia Sedding
Seite 18/19	Diana Wetzstein
Seite 20	Annette Orlinski
Seite 21	Veronika Kobert
Seite 22	empirica ag
Seite 23	Stephan Willinger
Seite 24	empirica ag
Seite 25	Hermann Pentermann Thomas Müller, IBA Thüringen
Seite 26	jovis Verlag Landeshauptstadt Saarbrücken Projekt Urbane Interventionen
Seite 27	Thomas Müller, IBA Thüringen



**Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmannsaue 31 – 37
53179 Bonn

Bearbeitung

empirica ag
Meike Heckenroth, Timo Heyn, Carolin Fischer

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
Referat I 2 - Stadtentwicklung
Stephan Willinger, Dr. Katharina Hackenberg

Stand

September 2019

Gestaltung und Satz

Indivisual Berlin, Mia Sedding

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Bezugsquelle

nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.